

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 26 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Donnerstag, den 1. Februar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

- Reunter mit Schwarzweißrot Seite 2
- Kanzlerrede und Saackampff Seite 3
- Rudolf Heß
- Vicar Holteemann Seite 5
- Spanische Perspektiven Seite 7

„Deutsche Freiheit“ an den Reichskanzler

Revolutionäre Antwort auf eine reaktionäre Gedenkrede

D. F. Der Deutsche Reichstag war am Jahrestage der Berufung des nationalsozialistischen Führers an die Spitze der Regierung zu einem politischen Appell angetreten. Keiner der sogenannten Volksvertreter nahm das Wort. Den einzigen Satz „zur Geschäftsordnung“, der aus dem Hause gesprochen wurde, hatte man dem Reichsminister des Innern Dr. Frick vorbehalten. Die Abgeordneten hatten nur die Aufgabe, Volksjubel zu veranstalten und sich dreimal zur Annahme der Reichsgesetze über den Neubau des Reiches zu erheben. „Widerpruch erfolgt nicht!“ So stellte der Reichstagspräsident Göring als Präsident vor dem versammelten Volkswort. „Wegtreten!“, und die Sitzung war zu Ende. So zeigte diese parlamentarische Veranstaltung ohne Recht und ohne Freiheit die „Einigkeit“, die dem deutschen Volk und der Welt vorgegaukelt wird.

Die Rede des Reichskanzlers, die zwischen der Befehlsausgabe durch den Reichstagspräsidenten Göring und der Annahme des Reichsreformgesetzes lag, war im Ganzen beherrschter und gemäßigter als man es sonst von diesem lärmenden Volksredner gewohnt war. Nur als er auf die Emigranten zu sprechen kam, griff er strahlend in seinen reichen Vorrat von Schimpfwörtern aus der Kaschemmensphäre. Verkommene Spitzbuben und Verbrecher nannte er die emigrierten Künstler, Gelehrten und Politiker. Keiner wird sich darüber aufregen. Die Reden des Reichskanzlers zeigen nur, wie sehr er durch die Wahrheit getroffen wird, die Deutsche im Ausland für Deutschland und gegen Hitler verbreiten. Seine Schimpforgie offenbart die Furcht des scheinbar allmächtigen Reichskanzlers vor einer Schar von nur wenigen geistigen Deutschen, die unter den zehntausenden emigrierten Volksgenossen allein die Moralität haben, zur Kulturwelt über den Barbaren Hitler und seine Verbrecher zu reden. Das wird auch in Zukunft geschehen. Der Reichskanzler wird sich nie damit abfinden. Er wird stets in wilden Schandbrüchen rasen, wenn er auf die deutsche Emigration zu sprechen kommt. Recht so.

Sagen wir ihm, daß er, solange er das deutsche Volk tyrannisiert, jeden Tag die Geißelblöße der Deutschen fühlen soll, die in frei regierten Gebieten der Freiheit deutschen Geistes Mitle aufgerichtet haben.

Zum ersten Male sah sich der Reichskanzler gezwungen, öffentlich gegen die wachsende Opposition im Lande aufzutreten. Im Augenblick scheinen ihm die Monarchisten am meisten Sorge zu machen. Ihre Organisationen wurden zur Feier des Tages, den vor einem Jahre gerade auch die Monarchisten hoffnungsvoll begrüßten, aufgelöst. Ob und wieviele Monarchisten eingesperrt wurden, erfährt man nicht. Vizekanzler von Papen jedenfalls sah noch neben seinem „Führer“. Noch! Und er hörte mit unbewegter Miene die leidenschaftlichen Absagen an, die der Reichskanzler unter dem dröhnenden Beifall seiner Parlamentärskreaturen den Legationisten um Papen erteilte. Augenberg freilich war der Sitzung fern geblieben. Demonstrativ. Man hat ihn zur Reichstagskandidatur gezwungen, um für die Novemberkomödie der Einheitswahlen den Bund mit den Monarchisten vorzutauschen. Diesem Terror hat sich der immer sehr ängstliche alte Geheimrat gelüßt. Zur Reichstagsführung aber hat man ihn nicht mehr gebraucht, und deshalb konnte er sich die kleine Rundgebung gönnen, draußen zu bleiben.

Es war schon eine stattliche Liste von Opponenten, die der deutsche Diktator anstellte: Monarchisten, Partikularisten, völkische Ideologen, Katholiken, Protestanten, Intellektuelle, Konjunktur-Nazis, Feinde in der Bürokratie, Interessengruppen, Emigranten und schließlich die Millionen und wieder Millionen der marxistischen Revolutionäre im Lande, die trotz Zuchtstanz und Todesstrafe ihre Idee verbreiten.

Es sind zwei deutlich geschiedene Gruppen, die da vor uns stehen: Außer den Marxisten sind es samit und sonderst Leute, die lediglich eine andere formale Entwicklung des nationalsozialistischen Staates möchten. Die Marxisten aber wollen die Revolution und nur die Revolution. Der Reichskanzler weiß es. Seit nur seine Rede genau, recht genau, und ihr führt, wie er den mächtigen Strom der dennoch lebenden deutschen Revolution in den Nationalsozialismus leiten, dort einsengen und eindämmen möchte. Darum die Festigkeit gegen jede „Reaktion“, gegen jedes monarchistische Gottesgnadentum, wobei er aber durchaus die Möglichkeit offen hält, bereinst selbst als Volkstaktiker berufen zu werden.

Der Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine Berufung durch das Volk und ist ihm allein ausschließlich verpflichtet.

Wir haben mit den Reaktionären aller Art, mit den vielen, die ihre Opposition von dem Boden der Tatsachen dieses Staates abtreiben, nichts gemein. Darum fragen wir, was der Reichskanzler den wirklichen Revolutionären, den wahren Sozialisten zu bieten hat, um deren Seelen er deutlich wirbt, nachdem er sie nicht vernichten konnte. Nichts weiß er den Sozialisten zu sagen, nichts weiß er den unzufriedenen Arbeitern und Bauern und Mittelständlern, dem ganzen enttäuschten deutschen Arbeitsvolk zu bieten als Kritik an der Unzulänglichkeit der vierzehn Jahre Republik von Weimar. Eine Kritik, die wir gründlicher und schonungsloser üben.

Freilich mit dem Zusatz, daß dennoch diese Republik an materiellen und geistigen Werten dem deutschen Volk das Vielfache dessen gegeben hat, das der nationalsozialistische Zwischensaat den Massen der Volksgenossen zu spenden weiß.

Der Reichskanzler und seine ganze Partei sind in einem Zwiespalt, der sie töten wird. Der Nationalsozialismus, gerade auch in dieser Kanzlerrede, proklamiert in revolutionären Worten das „Nie zurück“. Er sagt sich mit revolutionären Gesten los von Gottesgnadentum, los von der dynastischen Vergangenheit, los von Standeshöfen, los von den gesellschaftlichen Vorrechten, los von den bürgerlichen Vorurteilen, los von der ganzen bürgerlichen Verfassung, los von der bürgerlichen Rechtsordnung! Aber er schreit zurück von der auf die Dauer allein möglichen Konsequenz, diesem neuen antilegitimistischen und antibürgerlichen Zeitalter auch die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen, die es braucht. Genau gesagt:

Reichskanzler Hitler und seine Paladine schrecken davor zurück, die Massen aber, auch der Nationalsozialisten, begreifen in Gedanken die unausweichlichen Konsequenzen zu ziehen, und eine kommende Front aller wirklichen Sozialisten auf deutschem Boden und in deutschem Geiste wird sie verwirklichen. Gegen die hilflosen Gestalten, die das gewaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsproblem des Jahrhunderts für immer in einen Phrasenbrei von Gelübschsozialismus und lohnengeschnüdder und belungener Volksgemeinschaft einhüllen möchten.

Die Verlegenheit der Tyrannen über Deutschland gegenüber den entscheidenden Fragen äußerte sich darin, daß der Reichskanzler nach einem Jahre Regierung über seine Reform und Aufbauarbeit nichts zu sagen wußte. Kein großes Ziel wurde gesagt. Wiederholt wurde die lächerliche Lüge, daß ein Drittel der Erwerbslosen in Arbeit gekommen sei. Veinabe janzhaft wurde der kleine statische, Schwindel angedeutet, daß das Volkseinkommen ein wenig gestiegen sei. Dingenoten wurde auf die „brutalste Sparbarkeit“, die aber nicht die Minister, Staatsräte, Abgeordneten und sonstigen Nutznießer des Systems betrifft, sondern seine wirtschaftlichen und politischen Opfer.

Man durchsuche diese Reichskanzlerrede mit der schärfsten Sorgfalt und man wird keine wirtschaftliche Leistung im vergangenen Jahre, kein wirtschaftliches Ziel für die Zukunft finden. Das ist die Stelle, die den Nationalsozialismus herblüh macht. Das ist die klaffende Wunde, an der dieser Heiß sterben wird.

Außenpolitisch war die Kanzlerrede eine einzige Friedendbetenerung an die ganze Welt. Selbst den regierenden Marxisten in Rußland wurde, obwohl an anderer Stelle die Marxisten wieder einmal wahnsinnige Verbrecher hießen, heralich die Freundschaftshand hingestreckt. Polen, Italien, Frankreich, England: alle mächtigen Staaten erhielten ihre Komplimente. Nur die österreichische Regierung wurde mit offenem Dohn behandelt. Der Reichskanzler sagt offen, daß der Nationalsozialismus seinen Kampf um die Macht in Österreich fortsetzen wird. Die Nationalsozialisten weisen auf den Völkerbund. Das ist die Situation. Sie bauen auf ihre wachsende Rüstung. Sie rechnen mit der Zerfallendheit und der Schwäche der in Genf zusammentretenden Diplomaten, der Herren im Tutaway, die noch immer in dem Wahne leben, mit den mächtigsten Völkern der Weltgeschichte und ihren Millionen Soldnern auf dem Boden internationaler bürgerlicher Rechtsbegriffe verhandeln zu können.

Bei aller Vorsicht der Diplomatenprache, die dem Reichskanzler vorgeschrieben worden war, gab es doch eine Stelle die Europa erschreckt aufhorchen lassen müßte, wenn es zu einer furchtlosen klaren Erkenntnis der Gegenwart und der kriegerisch heranziehenden Zukunft noch fähig wäre. Der Reichskanzler sagte über Frankreich „Sicherheit“.

Die Reichsreform

Ein Rahmengesetz für alle Möglichkeiten

Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegenläge hinweg zu einer unteilbaren, inneren Einheit verschmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrates hiermit verfaßt wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

- Artikel 1 Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.
- Artikel 2 1. Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. 2. Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.
- Artikel 3 Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.
- Artikel 4 Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht legen.
- Artikel 5 Der Reichsminister des Innern erklärt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.
- Artikel 6 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Man wird dieses Gesetz, das in allen drei Lesungen angenommen wurde, erst würdigen können, wenn man sieht, wie es angewendet wird. Zwar sind die Volksvertretungen der Länder aufgehoben — es waren schon zum 12. November Landtagswahlen nicht mehr ausgesprochen —, aber sonst enthält der Wortlaut nicht viel mehr als den Grundgedanken der Weimarer Verfassung „Reichsrecht bricht Landesrecht“. Souveräne Staaten waren die „Länder“ schon in der Weimarer Republik nicht mehr. Nun sind ihre Rechte weiter eingeschränkt, aber die Länder bestehen noch, und aus dem neuen Gesetz geht nicht hervor, welche Grenzen und welche Befugnisse sie behalten werden. Das Gesetz ist so weitmaschig gehalten, weil offensichtlich große Schwierigkeiten nicht überwunden werden konnten. Das preussische und das bayerische Problem sind ungelöst. Auch zur Reichsreform mag die Reichsregierung keinen wahrhaft revolutionären Akt. Innere Kämpfe auch auf diesem Gebiete werden offenbar.

Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen. Deutschland fordert seine Gleichberechtigung. Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern. (Jubelnder Beifall, Bravorufe.)

Das heißt in unmißverständlichen Worten: Deutschland rüstet auf! Allen Verträgen zum Trotz! Die Zeit der Investigationen, der fremden Kontrollen, der Sanktionen, diesem ganzen lächerlichen Reg von internationalen Einmischungen gegen ein wieder erstarbtes Volk ist schon vorüber. Der deutsche Reichskanzler höhnt: „Niemand wird mehr die Kraft haben...“ Hört Ihr es, Ihr europäischen Staatsmännchen einer verfallenden bürgerlichen Epoche? In diesem Satz hat der Mann Recht, und Europa ahnt wahrscheinlich noch nicht, wie groß die Gefahren sind die in diesem zwischen Wort eines Regierungsführers liegen, dem bewaffnete Machtpolitik und Expansionskraft eines fünfundsiebzigmillionenvollen über alles geht.

Triumphierend hat der Reichskanzler festgestellt, daß in Deutschland die Herrschaft des Bürgerturns nicht wiederkehren werde. Wie richtig das ist! Wichtig, auch wenn heute noch die Hoffen und von Schröder und von Stauß, die Schwerindustrie und die Bankherren die Wirtschaft dirigieren. Schon ahnen die adligen Grundherren im Osten, daß die arbeits- und landlosen Milizen auf die Dauer das ehrwürdige Grundeigentum nicht achten werden, und sie rufen daher nach dem Monarchen, der seinen alten Adel wieder aus der Plebs herausheben und subventionieren soll. Eine legitime Dynastie ist ihnen sicherer als ein 84jähriger Rittergutsbesitzer Hindenburg. Schon munkelt man in den Direktorenzimmern der Konzerne, daß die noch immer fortschrei-

fende Proletarisierung auch der Braunen und Schwarzen und Grünen den „Führer“ auf Wege jagen könnte, an die man vielleicht nicht gedacht hat, als man die Schwere für die anti-marxistische Heide des Braunen Hauses anstellte. Es geht ein Klauen kommender Dinge durch das Reich. Darum die Sehnsucht, die fassungslose, die schreckliche Zeit zu wenden und dem halbschönen Demagogen da oben endlich einen noch höheren Chef in Purpur und Hermelin zu geben, der dauernde und sichere Garantien für die Erhaltung des wankenden Wirtschafts- und Gesellschaftsbaues zu geben hat.

Es ist zu spät. Auch um des Wankens gestifteter und geordneter monarchischer Regierungsverhältnisse willen darf kein Sozialist die Wiederkehr des Legitimus wünschen. Die von den Kapitalisten und Monarchisten gerufene braune Soldateska muß das Perfidiumswerk, das sie an den politischen und gewerkschaftlichen Kräften eines evolutionären Aufbaues verübt hat, nun an den reaktionären Gegenkräften vollenden.

Wider Willen und vielfach ohne klare Erkenntnis, und dennoch wirksam. Nicht nur die alten proletarischen Massen, auch die bisher bürgerlich und vielfach monarchisch denkenden Schichten werden so aus ihrer gewohnten Gedanken- und Gefühlswelt losgerissen. Mit den so Entwurzelten will der Reichskanzler, nachdem er sie uniformiert und leiblich gedrückt hat, in ein neues Deutschland marschieren, das in der Wirtschaft die Subordination des Kasernenhofs bewahren soll: Führer und Gefolgschaft, Offizier und gemeiner Mann, Befehl und Kadavergehörigkeit. Das ist nach der marxistischen Schulung eines halben Jahrhunderts und in der zerstörten alten Gesellschaftsordnung nicht mehr möglich. Auch durch ständliche Kautellen läßt sich der Verfall nicht mehr aufhalten. Die kapitalistische Führung hat nur noch eine Gnadenfrist, und die Gefolgsleute werden sich trotz dem schönen Gerede zum Schutz der nationalen Arbeit in Deutschlands Industrie und auf Deutschlands Aedern die sozialistische Planung und Ordnung schaffen, die von der Desorganisation und der Not erzwungen wird.

Das Wort von „Blut und Boden“ ist rassistisch gemeint und sollte nationalitistisch sich auswirken. Selbst diese Phrase des Massenwahns wird sozialistischen Gedanken und Willenskräften die Bahn brechen helfen.

Der Reichskanzler datiert die deutsche Revolution vom 30. Januar 1933. Er kennt die revolutionäre Dynamik schlecht. Schon der 1. August 1914 hat den ersten mächtigen Schlag gegen Legitimus und Evolution in Deutschland geführt. Der 9. November 1918 war nur seine Folge. Wir erkennen heute, daß auch der 30. Januar 1933 eine unvermeidliche Etappe in dem Durchbruch zur Neugestaltung wurde. Unvermeidlich, weil uns selbst die brutale Entschlossenheit und der bedenkenlose Mut zu dem fehlten, was notwendig war. Von diesen Hemmungen und auch von dem in vergangenen Zeiten

verwurzelten überlebten organisatorischen Ballast mußte die deutsche Arbeiter- und Bauernrevolution befreit werden. Das ist geschehen. Insofern hat der Nationalsozialismus negativ notwendige Arbeit geleistet. Das ist alles, was er vollbringen konnte. Die Sozial in jeder Beziehung inhaltlose und hilflose Kanzlerrede zeigt es.

Der „Führer“ schaut zurück auf das, was vollbracht ist, und so viel weiß er bestimmt, um zu sehen: es ist im Grunde nichts für den Aufbau eines neuen Deutschland.

Das kann nur auf dem granitenen Grunde einer sozialistischen Besitz- und Wirtschaftsführung errichtet werden. Nur sie kann auch die Menschen neuer Gesinnung bringen, nach denen der Reichskanzler immer wieder vergeblich Ausschau hält. Der Reichskanzler glaubt aufatmend, der Tag deutscher Revolution liege weit hinter ihm. Das ist der Irrtum, der ihn und seine schwache Idee zugrunde richtet. Die große Stunde der deutschen Revolution, die im Gegensatz zu 1848 und 1918 wirklich dieses stolze Wort verdient, liegt vor ihm. Sie wird mit ebenen Tritten diesen Kanzler und sein verpöbeltes Zwischenglied zermalmen und die deutsche Nation zur Siegerin des Sozialismus in Europa erheben.

Die „deutsche Revolution“

Auferstehung des Geheimrats

Berlin, 31. Jan. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten über Titelverleihungen an Beamte und Angehörige der freien Berufe, die sich ein besonderes Verdienst um Volk und Staat erworben haben.

Die aus Anlage zu dieser Verordnung hervorgeht, kann Professoren staatlicher Hochschulen und Leitern wissenschaftlicher Staatsinstitute der Titel „Geheimer Rat“ verliehen werden. Auch für die höheren Beamten ist die Wiedererführung des Geheimratsstitels vorgesehen.

Die Beamten der Befoldungsgruppe A 2 (Reich) und der Gruppe A 3 sowie die Lehrpersonen und die Kriminalkommissare der preussischen Befoldungsgruppe A 4 a. können je nach ihrer Dienststellung den Titel „Landmessterrat“, „Schulrat“, „Rechnungsrat“, „Oberpolizeirat“ usw. erhalten. Weiter sind die Titel „Amtsrat“, „Amtsinspektor“, „Oberberginspektor“, ferner der Titel „Oberamtssekretär“ oder ein aus der Amtsbezeichnung unter Hinzufügung „Ober“ gebildeter Titel vorgesehen. Büro- und Kanzleibeamte können den Titel „Amtssekretär“ bzw. „Oberamtssekretär“ verliehen erhalten.

Personen der freien Wissenschaft und Kunst können bei besonderem Anlaß den Titel „Professor“ erhalten; Angehörige der freien Arzterschaft den Titel „Sanitätsrat“ und „Geheimer Sanitätsrat“; Angehörige der Rechtsanwaltschaft den Titel „Rechtsrat“ bzw. „Geheimer Rechtsrat“ und Architekten und Ingenieure den Titel „Baurat“ oder „Geheimer Baurat“. — Der „Wendarm“ ist schon vor einigen Tagen wieder aufgefunden.

zuvor, nicht einmal unter Hindenburg, der Fall war. Die außenpolitischen Ausführungen des Reichskanzlers bezeichnete das Blatt als ungemein interessant und wichtig. Dittler habe gut begonnen. Seine Worte hätten alle den Klang der Aufrichtigkeit.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Express“ nennt es ein erstaunliches Schauspiel, daß die deutschen Parlamentsmitglieder den freundlichen Worten, die an Frankreich gerichtet waren, stürmischen Beifall spendeten.

Durch seine Rede fällt ein kurzer Leitartikel auf, in dem „Times“ die Kanzlerrede bespricht. Das Blatt nimmt Anstoß daran, daß der Kanzler fälschlicherweise die Zustände in Deutschland nach dem Kriege auf den Versailles Vertrag und auf eine demokratische Verfassung zurückgeführt habe, anstatt auf die demokratisierende Wirkung des Krieges. An der Feststellung des Kanzlers, daß jedes Volk über sein eigenes inneres Leben entscheiden müsse, wird von der „Times“ die Bemerkung gemacht, es sei sonderbar, daß in der Rede dieser Grundgedanke auch auf die ökonomisch-deutschen Beziehungen angewandt worden sei. Dagegen werden die freundlichen Worte an die Adresse der britischen Regierung getreulich registriert, ebenso die Tatsache, daß der Reichstag den Aufruf zur Verständigung, den der Kanzler an Frankreich richtete, mit Beifall aufgenommen hat.

Die rechtskonservative „Morning Post“ sagt, daß die Erklärungen des Kanzlers vom Standpunkt staatsmännischer Mäßigung und Zurückhaltung erfüllt gewesen sind. Sogar eine freundliche Äußerung über den Völkerbund habe sich darin gefunden. Nach dem, was man gehört habe, müsse man sich fragen, warum eigentlich Europa über den Hitlerismus beunruhigt gewesen sei. Aber Worte seien eben eine zweifelhafte Münze. Es komme auf die Politik an. Die nationalsozialistische Politik bedrohe alle Nachbarländer direkt und indirekt mit Forderungen, die sie nicht bewilligen könnten und die aus diesem Grunde sehr leicht zum Kriege führen könnten.

Herunter mit Schwarzweißbrot!

Göring fordert Verbot der Monarchisten-Organisationen

Berlin, 30. Jan. Wie der Amil. Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsinnenminister Dr. Fric folgendes Schreiben gerichtet:

„In den letzten Wochen mehren sich die Anzeichen einer unangebrachten monarchistischen Propaganda. Entgegen den Reichs- und Landesbestimmungen werden monarchistische Verbände und Organisationen gegründet mit der ausdrücklichen Mahnung, Anhänger zu werden, insonderheit innerhalb der deutschen Jugend. Es hat sich weiter herausgestellt, daß diese Verbände gegen die nationalsozialistische Bewegung und somit gegen den heutigen Staat eingestellt sind. Vor allem aber beginnen sich in diesen Verbänden wiederum Staatsfeinde zu tarnen und zu sammeln.“

Ich stelle daher den Antrag, sehr geehrter Herr Reichsminister, sämtliche monarchistische Verbände und Organisationen mit sofortiger Wir-

Das neue Kabinett Daladier

Regierung der Mitte — Paul-Boncour nicht mehr Außenminister

Paris, 30. Jan. Ministerpräsident Daladier hat folgende Ministerliste zusammengestellt und sich mit den nachstehenden Mitgliedern seines künftigen Kabinetts ins Einvernehmen, um sie dem Präsidenten der Republik vorzustellen:

Ministerpräsident und Auswärtige Angelegenheiten: Daladier, Abgeordneter, Radikalsozialist;

Justizministerium und Vizepräsidentenschaft: Penancier, Senator, (Radikalsozialist);

Innere: Frot, Abgeordneter (parteilos);

Finanzen und Haushalt: Pietri (Linksrepublikaner);

Ministerium für nationale Verteidigung und Krieg: Fabry, Abgeordneter, (Republ. Mitte);

Luftfahrt: Cot, Abgeordneter (Radikalsozialist);

Kriegsmarine, de Chappedelaine, Abgeordneter (Radikale Linke);

Handelsmarine: Guilla-Chambre, Abgeordneter (Unabh. Linke);

Landwirtschaft: W. Duenille, Abgeordneter (Radikalsozialist);

Wesentliche Arbeiten: Paganon, Abgeordneter (Radikalsozialist);

Post: Bernier, Paul, Abgeordneter (Radikalsozialist);

Handel: Müller, Abgeordneter (Radikalsozialist);

Volksgesundheit: Vidonne, Senator (Radikalsozialist);

Arbeitsministerium: Daladier, Senator (Radikalsozialist);

Ministerium für überseeische Besitzungen und Kolonien (dieses Ministerium tritt an Stelle des früheren Kolonialministeriums): Henry de Jouvenel;

Pensionsministerium: Ducos, Abgeordneter (Radikalsozialist).

Ablehnung der Neusozialisten

Paris, 31. Jan. Die neusozialistische Kammerfraktion, die den Eintritt ihrer Mitglieder in die Regierung Daladier abgelehnt hat, zählt in einer Entschließung die Bedingungen auf, unter denen sie das Kabinett zu unterstützen bereit sei: Moralische Säuberung des Regimes, Sicherung der republikanischen Ordnung, Sanierung der Finanz- und Währungsfrage, Festigung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes.

Tolle Kriegshetze

In deutschen „Arbeiter“-Blättern

Immer offener wird die sogenannte Gewerkschafts- und Arbeiterpresse in den Dienst einer skrupellosen Kriegshetze gestellt. Die neueste Nummer (3) der „Metallarbeiter-Zeitung“ stellt einen Reford dar. Ganz deutlich und offen sagt Werner Pingel im Leitartikel: „Im NS. wurde das deutsche Volk einig. In der Einigkeit liegt eine unüberwindliche Macht. Die alten Machtmittel anderer Staaten werden einst verlangen, wenn die Völker dieser Staaten zu Unrecht von den letzten Resten einer kapitalistisch-liberalistischen Welt zum Kampf gegen den NS. geführt würden.“

Und damit man ja wisse, wie das recht zu verstehen sei, wird einem in der gleichen Nummer „Das Gebiet des Deutschen Reiches einst und jetzt“ sowie „Das Gebiet des Deutschen Ordens und der Hansa im Nordosten des Reiches von 1300 bis 1410“ vorgeführt. Da mag der Nazi sehen, daß Holland und Elb-Lothringen, die Schweiz und die heutige Fischehollowakei Reichsgebiete waren. Nur einen Fehler hat die Karte: Deutsch-Südtirol gehört danach nicht zum Reich. So entgegenkommend behandelt ein Diktator den anderen. Weniger nett werden die Ungarn behandelt, ihnen sagt man, daß Oedenburg (Sopron) zum alten Deutschen Reich gehört habe. Vielleicht tröstet man sich in Budapest mit dem Erfah, den die Karte den Ungarn für Oedenburg bietet, nämlich nichts weniger als die Slowakei ganz und gar. Dummer wurde Kriegshetze noch nie betrieben als es bisher geschieht.

Das Neueste

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ teilt mit, daß die Veröffentlichung der britischen Abrüstungsdenkschrift aller Voraussicht nach heute abend erfolgen werde. Angehts der Länge des Schriftstückes wolle man auf die Verlesung seines Inhaltes im Unterhause verzichten. Das Kabinett werde heute nachmittags zu seiner Wochensitzung zusammentreten.

Widerhall im Ausland

Französische Stimmen

31. Jan. Die Bedeutung, die man der gestrigen Rede des Reichskanzlers beimisst, kommt schon in der Aufmachung der französischen Presse zum Ausdruck: Die Rede wird in spaltenlangen Ausgaben wiedergegeben. Hervorgehoben werden besonders die außenpolitischen Stellen.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ will eine eigenartige Entwicklung in der Politik des Kanzlers nach links“ auf jeden Fall aber „revolutionäre Gedankengänge“ feststellen können und außenpolitisch Verschärfung des Kampfes um die bereits bekannten Grundzüge.

Für den Berichterstatter des „Journal“ ist die Äußerung an Frankreich ein schöner Traum, der durch eine kalte Dusche zerstückt worden sei, nämlich durch die Erklärung, daß das deutsche Volk Anspruch auf militärische Gleichheit habe und daß niemand auf die Dauer das deutsche Volk verbünden werde, diese Gleichheit zu erhalten. Die Rechtsblätter fordern den Reichskanzler auf, zunächst einmal den Beweis für seine Friedensbetreibungen anzutreten.

Zweifellos ist es eine geschickte Rede, schreibt der „Figaro“. Man wird sicher, wie schon so oft, sagen: Dittler will den Frieden, aber man wird immer wieder antworten, daß der Reichskanzler uns nur zu täuschen sucht. Es sei möglich so fährt das Blatt fort, daß er in der gegenwärtigen Stunde nicht den Krieg wolle, aber die panzermonistische Massenbewegung müsse ihn zwangsläufig dazu drängen, sich der Gebiete zu bemächtigen, die andere Völkern gehören. Wenn nicht heute, dann werde es morgen sein. Es müsse also ein jeder der Alliierten und Freunde Frankreichs darüber nachdenken.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ nennt die Rede eine Volksansprache. Man dürfe also nicht genau gefasste Gedanken und logisch verteilte Grundzüge davon verlangen. Die Forderungen des Reichskanzlers liefen darauf hinaus, daß Deutschland die größte Militärmacht Europas werde.

Der Reichskanzler versuche Frankreich zu beruhigen mit der Erklärung, daß der Friede sein innerster Wunsch sei. Die Aussicht sei nicht verführerisch. Man könne die Ereignisse von 1914 nicht vergessen. Der Reichskanzler besitze ein Mittel, um Frankreich zu beruhigen: Seine Handlungen mit seinen Worten in Einklang zu bringen und sogar auf gewisse Worte zu verzichten.

Englisches Echo

London, 31. Januar. Die gestrige Reichstagsrede des „Führers“ wird in den Londoner Morgenblättern ausführlich besprochen. Im „Daily Telegraph“ heißt es: Vor einem Jahre, als Hitler Reichskanzler wurde, war die Welt einigermaßen im Zweifel, ob er trotz seines Aufstieges das Zeug zur Größe habe. Heute wird überall, wo seine Reichstagsrede gelesen wird, zugegeben werden müssen, daß er nicht nur ein kräftiger und entschlossener Kletterer ist, der in Deutschland fest im Sattel sitzt, sondern auch ein Mann, der sich über auf seinem Wege zeigt, als ob er ihn schon von früher kenne.

„Daily Herald“ stellt fest, daß Dittler den Weg zu einem Einvernehmen mit Frankreich geebnet habe. Die einzige mögliche Grundlage friedfertiger Beziehungen mit England ist die Staat sei die, mit ihm unter der Voraussetzung, daß die Macht der Welt in die Hände der Briten übergehen würde. Die Möglichkeit einer in- und ausländischen Verständigung gegeben sein, die die Welt im Westen Europas erleichtern würde, wie es der deutsch-polnische Pakt im Osten Europas getan habe.

Au der „Daily Mail“ liest man, Reichskanzler Dittler habe in einem Jahr zweifellos sehr große Dinge vollbracht. Er sei berechtigt gewesen, zu erklären, daß unter ihm und seiner Regierung eine neue deutsche Nation aufgebaut worden sei. Er hat Deutschland geehrt in einer Weise, wie es nie

Kanzlerrede und Saarkampf

Tägliche Zuspitzung - Wachsender Terror

Hitler und die Saarfrage

Er versucht nochmals die Abstimmung zu vermeiden

Immer wieder versucht Herr Hitler an einer Abstimmung im Saargebiet vorbeizukommen, weil er sie zu fürchten hat. Immer wieder bietet er Frankreich an, sich vorher mit ihm zu „verständigen“, damit er seiner Niederlage an der Saar entgeht. Eine Schlappe an der Saar wäre für ihn ein europäisches Fiasko.

Darum bläst er seit einiger Zeit, und so auch in seiner geistigen Reichstagsrede wiederum, die kleine liebliche Friedensscholmei und hat sich längst die hohen Reden des ersten Reichstagsrede, in der er seine deutschen Gegner an der Saar als „Vandensverräter“ zu diffamieren magte, vollkommen abgewöhnt. Er ist klein und häßlich geworden und bietet den Franzosen bekanntlich an der Saar so große wirtschaftliche „Vorteile“ an, wie er sie seinem innerdeutschen Gegner stets als „pazifistische Schwäche“ und „verräterischen Internationalismus“ angekreidet haben würde. Das große Vagen hatte gestern wieder einmal die Platte ausgewechselt und redete mit Engelszungen, während es schon den Proming entsetzte, der demnächst losgehen soll.

Nachdem er für den innenpolitischen Gebrauch wieder einmal erklärt hat, daß „niemand in der Welt die Kraft haben wird, Deutschlands Gleichberechtigung (lies: Ausrüstung und Kriegsvorbereitung) auf die Dauer zu verhindern“, wiederholte er auf neue den Schwundel, daß die Saarfrage die einzige sei, die territorial zwischen Frankreich und Deutschland noch offenstehe. Dabei wissen wir ganz genau, daß der von ihm zum Präsidenten und obersten Vetter der Saarorganisationen im Reich berufene Staatsrat Simon in der bekanntlich vertraulichen Besprechung der gleichgeschalteten politischen Saar-Funktionäre am Niederwaldendmal erklärt hat, daß die Saar für Hitler nur das Sprungbrett nach Estaf-Vorhingen sein würde und daß „die deutsche Junge bis Reg und bis Wählhauen reiche“!

Aber das interessanteste Eingeständnis der Hitler'schen Schwäche in der Saarfrage liegt in dieser Formulierung: Er hat nun Vertrauen zu einer Mehrheit für sich selbst, wenn vorher ein gemeinsamer Vertragsentwurf zwischen Frankreich und Deutschland der Bevölkerung kaum noch eine andere Wahl ließe, als zu schlucken, was ihr von ihren beiden großen Nachbarn gemeinsam serviert würde. Hitler ist also nach den österreichischen und saarländischen Erfahrungen bereits zu der Auffassung bekehrt, daß ihm allein die Vergewaltigung noch freier Deutschen nicht gelingt: Er möchte dazu den mächtigen Bundesgenossen im Westen, von dessen maßgebendem wirtschaftlichem Einfluß die ökonomische Zukunftserwartung des Gebietes entscheidend abhängig ist, gewinnen. Erst wenn er die deutsche Saarbevölkerung in diese doppelte Banne nehmen kann, traut er sich an eine Abstimmung heranzugehen und schlägt deshalb Frankreich wörtlich vor:

„Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung abstimmen würde.“

Das ist die Politik des „Vogel friß oder stirb!“ gegen die Saarbevölkerung. Und nur mit ihr traut sich Herr Hitler eine Abstimmung an, die ihm Erfolg bringen kann. Wir glauben, daß Herr Boncour darauf in Genf bereits die ebenso klare wie entschiedene Antwort erteilt hat, die ein für allemal solche Verhandlungen und solchen Rückhandel über das Geschick des Saargebietes gründlich und restlos abgelehnt hat.

Wenn Herr Hitler trotzdem und nach seiner Weigerung, der französischen Einladung an Teilnahme an den Saarverhandlungen in Genf Folge zu leisten, jetzt wiederum und dennoch an die gleiche Färe anklopft, die ihm soeben höflich, aber auch recht deutlich vor der Nase zugemacht worden ist, dann zeigt das besser als alles andere die außerordentliche Schwäche seiner Saarpolitik!

Was nicht erst mehr bewiesen zu werden brauchte, ist durch Herrn Hitler ganz überflüssigerweise noch einmal bewiesen worden. Wir sind ausnahmsweise sehr zufrieden mit dem Herrn Kanzler von Guaden des Reichstagsbrandes! M.R.

Täglicher Terror

Sogar mit Hilfe von Regierungsbeamten . . .

Die „Volksstimme“ berichtet: An der Saar steht das Geschick im Promingverkauf von Tag zu Tag. Wann diese Dinge zu knallen anfangen, wissen wir noch nicht. Es ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß die nichtgleichgeschalteten Funktionäre und Anhänger der Freiheitsfront mit diesen Dingen „überzeugt“ werden sollen.

Vorerst arbeiten die Nazis, abgesehen von dem Bombenterror auf unseren Führer sowie die Anrempelien hier und dort, noch nicht so „massiv“.

Der Terror ist ein versteckter und verbissener. Den Hauptwert legen die Nazis auf die Einengung der Agitation der Freiheitsfront.

So nur das Wort „Versammlung“ fällt, laufen sie von einem Völkerverbandsbeamten zum anderen, um die dem „dritten Reich“ tren ergebenden Völkerverbandsbeamten in der unteren Verwaltung gegen etwaige Veranlassungen zu mobilisieren. Soweit da die Bürokratie behilflich sein kann, tut sie es.

In Göttingen war der Saal der Wirtschaft Wöllinger am Bahnhof für eine Freiheitsfondgebung fest vermietet. Kaum waren die den Vertrag abschließenden Genossen aus der Wirtschaft, erschien der Vorkriegs-Geselle. Der Geburt noch Deutscher, sonst stark slawischer Typ. Wohldekaltter Beamter der Regierungskommission. Geweiner Militärfunktionär. Er erklärte dem Wirt, M. Braun dürfe in Göttingen

nicht sprechen. Der Wirt habe den Saal nicht an die Nazis zu vermieten, sonst würde der Wirt aus dem „Rotring“ ausgeschlossen, das Lokal würde boykottiert und 1933 käme er (der Wirt) nach Dachau.

Es ist verständlich, wenn einem ein solches Bündel wunderbarer Repressalien angeboten wird, kann selbst ein Wirt nicht widerstehen. Allerdings wollte der Wirt wissen, ob ihm denn nicht die Konzession auf Grund der Notverordnung entzogen werden könne. Zur Aufklärung dieses Falles wurde er an den zuständigen Sachbearbeiter der Göttinger Gruppe, Herrn Polizeisekretär Stumm verwiesen. Und alle Achtung, der Herr versteht Gesehe zu lesen.

Darauf wurde der Saal abgesetzt. Ein nochmaliges und abermaliges Verhandeln mit dem Wirt brachte eine nochmalige und abermalige Sultage und schließlich doch wieder Absage. „An mit liegts nicht“, versicherte der glaubwürdige Wirt, „aber ich kann nicht, was kommen, was wolle“ (!?), erklärte er zum Schluß.

Es muß sehr faul um die Sache der Nazis in Göttingen sowie allerorts stehen. Erklärten sie doch bei einem Friseur, es bleibt so schon niemand mehr im „Rotring“, wenn jetzt der M. Braun noch hier reden kann, ist alles lachlich.

Alles hilft ihnen nichts. Die Versammlung findet nun im nahen Brebach statt . . .

Jeder, der im Jahre 1933 . . .

„Wer nicht für Hitler ist, begeht Verrat“

Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken war der Schauplatz einer ganz unerhörten Diffamierung und Achtung aller der Saarbewohner, die nicht Hitleranhänger sind. Der Stadtverordnete Hiltbrand von der sogenannten „deutschen Front“ erklärte im Namen der gesamten Nazibewegung und ohne jede Zurückweisung durch den Oberbürgermeister,

daß jeder, der im Jahre 1933 nicht für Hitler stimme, Verrat begehe. Es gebe für die Saarländer nur die Wahl, entweder für Hitler zu stimmen oder aber Verrat zu begehen!

Er wiederholte diese schweren Achtungs- und Diffamierungserklärungen, die ausdrücklich die Gesehe der Regierungskommission ignorieren und das Saarstatut des Ver-

Katholische Arbeiter begehren auf

Das wahre Gesicht der Gleichschaltung

Zu denen, die sich im Saargebiet an den öffentlichen Gleichschaltungsübungen eifrig beteiligen, gehören die christlichen Gewerkschaftsführer. Die Herren Kiefer und Hiltbrand, die die christliche Gewerkschaftsbewegung an der Saar repräsentieren, bekennen sich mit einer an Selbstverleugnung grenzenden Leidenschaft zu Hitler und tun so, als ob es für die Arbeiterschaft an der Saar nur ein Heil gäbe: Die baldigste Betretung durch das „dritte Reich“.

Jeder, der über die wirkliche Stimmung der katholischen Arbeiterschaft auch nur in bescheidenem Umfange unterrichtet ist, erkennt ohne Mühe, daß die Reden der christlichen Gewerkschaftsführer nur Fassaden sind. Welche Sorgen um die Interessen der Arbeiterschaft im Saarkampf auf dem Spiele stehen, und in welch großem Umfange sie bereits das wahre Gesicht Hitler-Deutschlands durchschaut hat, das beweist eine Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes an der Saar, über die die „Saarbrücker Landeszeitung“ ausführlich berichtet. Hier brach eine Empörung gegen die auf Vbrufen aufgebauete Gleichschaltung der Arbeiterschaft in so drastischer Weise durch, daß sie öfters von der Versammlungsleitung nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte.

Eine ganze Reihe von Diskussion „duern wandte sich mit Schärfe gegen die „politischen Schlagwortmethoden“, mit denen heute gearbeitet werde. Andere sprachen erbittert über die ungerechte Behandlung, die den Führern der christlichen Arbeiterschaft, besonders auch dem Metallarbeiterverbandes in Deutschland, zuteil geworden sei. Eine besondere Rolle spielte in der Aussprache der Kampf des Verbandsvermögens in der Zentrale des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg, wobei auch Vermögensstelle der saarländischen Arbeiterschaft in Verlust geriet. Von welcher Stimmung die Teilnehmer der Generalversammlung der Christlichen Metallarbeiter befeelt waren, damit ergibt der folgende Satz ein besonders anschauliches Beispiel:

Wenn ein Arbeiterführer einmal zur Regierungskommission gehe, um Interessen der Arbeiterschaft dort zu vertreten, dann rufe man in gewissen Kreisen immer: „Seht da, der Vandensverräter“. Wenn aber der Schwerindustrie mit den gleichen Herren der Regierung Tag für Tag zusammentomme, dann finde man das durchaus in der Ordnung, ja, das sei dann sogar eine besonders patriotische Tat. Die Arbeiterschaft, besonders die christliche Arbeiterschaft an der Saar, brauche keinen politischen Vormund. Das Deutsche sei bei ihr selbstverständlich. Aber die organisierte christliche Arbeiterschaft wolle auch bei der Gestaltung der Zukunft an der Saar mit gehört werden . . .

Wer mit dem Schwerindustriellen, der seine Interessen so energisch bei der Regierungskommission vertritt und sich dabei als besondern Patriot preisen läßt, gemeint ist, ist nicht schwer zu raten. Es ist Herr Nöckling, der Vorsitzende der Delegation der „deutschen Front“ an der Saar in Genf. Man sieht, wie es um die 80 Prozent der Bevölkerung, die er hinter sich zu haben vorgab, in Wahrheit bestellt ist. Denn in dieser Generalversammlung kamen nicht nur „richtige“, sondern auch geradezu sozialrevolutionäre Meinungen zum Ausdruck, die in Hitlerdeutschland sofort durch Konzentrationslager gestoppt würden. In seinem Referat über Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Rechtshauptbarkeit erklärte der Redner Steinacker, daß der Grundsatz „Gemeinnutz geht

vor Eigenneut“ nicht nur für die Arbeiterschaft da in Gültig. Schon jetzt sei eine

wesentliche Verschlechterung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts im „dritten Reich“ zu verzeichnen. Bei der Invaliden-, Angehörigen- und Knappschaftsversicherung sei der Reichszuschuss a c t r i e n worden, seien die Anteile für Witwen und Waisen verringert worden und würden die Beiträge, die in der Zeit vom 1. 10. 1921 bis 31. 12. 1933 geleistet worden seien, nicht mehr angerechnet werden. Auch an der Regierungskommission des Saargebietes wurde in diesem Zusammenhang Kritik geübt.

Es kam auch zu einer sehr lebhaften Jugende debatte. Der Jugendführer Franzén führte Anlage darüber, daß die Hitlerjugend die ganze Jugend an sich reißen und so beschäftigen wolle, daß sie keine Zeit mehr habe für andere Dinge. Damit werde die Jugendarbeit des Verbandes auf der ganzen Linie erschlagen. Die Jugendführer hielten nun in einer Konferenz einmütig beschlossen,

diese Treibereien nicht mitzumachen und die Jugendarbeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes selbständig zu erhalten. Man forderte gleichzeitig, daß die Führer sich sofort mit den verantwortlichen Stellen im Reich in Verbindung setzen sollten, damit die Zentralen gegebenenfalls Gelder wieder zurückgegeben werden. In einem Antrag wurde gefordert, daß alle Schritte unternommen werden müßten, um

den Verband jedem Angriff zu entziehen und das Verbandsvermögen den Mitgliedern zu sichern. Ein Redner betonte, daß man bei Einstellungen auf den Plätzen diejenigen Arbeiter, die den nötigen „politischen Klammern“ machten, bevorzuge. Noch deutlicher wurde ein anderer. Er sagte, daß die gewerkschaftlichen Organisationen auf dem besten Wege seien, ihr eigentliches Aufgabengebiet zu verlassen. Schon löse auch an der Saar eine politische Veranlassung die andere ab. Die Wirkung seien Maßregelung und Terror gegen christliche Arbeiter:

Es hat Zeiten hier im Saargebiet gegeben, als gewisse Leute nicht zu sehr in den Vordergrund traten in der Verteidigung deutscher Interessen, und es gibt auch Leute, die christlich-nationale Metallarbeiter inner- und außerhalb des Vertriebes zu denuncieren versuchen, weil sie nicht jeden politischen Kurs hundertprozentig mitmachen . . . Wir fordern Freiheit für die Mitglieder des Verbandes, nicht auf den Saargruben, sondern auch auf den Hütten, wo man sehr oft einzelne Arbeitnehmer zurücksetzte, entließ und nicht mehr einstellte, weil er Mitglied unseres Verbandes gewesen ist.

Diese Zitate geben nur ein sehr gemäßigtes Bild von der Stimmung der christlichen Metallarbeiter. Alles das, was hier gesagt wurde, steht in schreiendem Widerspruch zu der vielgerühmten Saar-Einigkeit im Reich der Gleichschaltung. Politischer Terror und wirtschaftlicher Druck machen sich selbst den christlich organisierten Arbeitern in voller Schärfe fühlbar. Ihre Begeisterung für Ostdeutschland ist erheblich gedämpfter als diejenige ihrer Führer, die Gefolge Röchlings in der „deutschen Front“ so schnell wie möglich „heim“ ins „dritte Reich“ wägen. Auch, diese sonntägliche Generalversammlung ist ein Stimmungsbarometer von größter Bedeutung.

Sie laufen vor Max Braun davon!

In dieser Sitzung wurde auch über eine Interpellation der Kommunisten, weil die Stadtverwaltung der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ die Anzeigen entzogen hatte wegen ihrer politischen Haltung. Als sich Max Braun zum Wort meldete, um gegen den Terror gegen die Blätter der Arbeiterschaft zu wenden, geschah folgendes. Rattos saßen sich die Speicherköpfe der sogenannten „deutschen Front“ nach ihrem Leitbammel um, was denn nun zu geschehen habe. Einige standen auf und setzten sich verwirrt wieder hin. Das veranlaßte Gelächter der Tribünenbesucher und der Linke quitierte über dieses Benehmen, das dem einer Scherz ohne Leitbammel glich. Dann ermunten sie sich und händeln schließlich alle auf und gingen hinaus. Jetzt unterbrach der Oberbürgermeister die Rede von Max Braun mit den Worten, er wolle erst die Ruhe wieder herstellen. Als dann die ganze „deutsche Front“ abgezogen war, erklärte er kurzerhand, obgleich er das Wort erteilt hatte und sich Max Braun bereits in seiner Rede beklagt, daß das Haus beschlußunfähig sei und er die Sitzung schließe, wogegen die Linke scharfsinnig protestierte und Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde anstufte. Im gleichen Augenblick rief ein Tribünenbesucher:

„Vor Max Braun läuft die ganze „deutsche Front“ davon!“

Der Oberbürgermeister von Saarbrücken hat mit dieser seiner Haltung erneut bewiesen, daß eine unparteiische und neutrale Geschäftsführung von ihm nicht mehr zu erwarten ist.

Rudolf Heß

Der Stellvertreter des „Führers“

„Ein psychologischer Fehler, den ich in der Abwehr eines Zwischenrufes beging... gab das Signal zum Vorschlagen... dazwischen das Krachen von Stuhlbeinen, das Zerplatzen der Krüge, Gläser, Tassen und Aufschreien...“

Es war ein blutdürstiger Spektakel. Der Tanz hatte noch nicht begonnen, als meine Sturmtruppler, denn so hießen sie von jenem Tage an, angriffen. Die Wölfe stürzten sie in Rudeln von acht bis zehn auf ihre Gegner los und begannen sie nach und nach tatsächlich aus dem Saale zu drehen... Wie viele hab ich damals erst so recht kennen gelernt: an der Spitze meinen braven Maurice, meinen heutigen Privatsekretär Heß...“

Adolf Hitler: „Mein Kampf“, Seite 506 (1933).

Durch diese Schilderung von der Saalschlacht 1921 ist ungefähr die Stellung von Heß gekennzeichnet: er ist der Schildknappe des Ritters Wolf geblieben bis auf den heutigen Tag; heute stellvertretender Parteiführer, Vertreter Hitlers in allen internen Parteiangelegenheiten, Mitglied des preussischen Staatsrates. Seit kurzem auch Reichsminister.

Heß gehörte zu den ersten Studenten, die zum Nationalsozialismus stießen. Schüler Otmars Spanns, kam er durch Spanns Universalismus zu den Anschauungen der NSDAP. Nicht nur in der Presse — da er als erster im „Völkischen Beobachter“ für Adolfs Hitlers Übergewalt über die SA eintrat —, auch im nationalökonomischen Seminar des Professors von Friedrich-Südendorf verfocht er fanatisch die Theorien seiner Götter Spann und Hitler.

Diese Kreise sind bis jetzt in engster Fühlung mit ihm. Heß, an Bildung und Umgangsformen allen Personen des Hitlerkreises überlegen, verdankt es einzig seiner unterwürfigen, völlig bedingungslosen Hitlertrübe, daß er an des Führers Seite verblieb. Was Hitler auch tat, Heß stand an seiner Seite und deckte ihn. Esser, Streicher, Göbbels, Reich und Göring, alle SA-Führer und Gauleiter haben den Führer irgendwann einmal bekämpft: niemals Heß.

In seinem Hofstaat, den er ganz dem Vorbilde Wilhelm II. nachgebaut hat, hat sich Adolf Hitler einen Chef des Militär- und einen Chef des Zivilkabinetts geschaffen. Chef des Militärkabinetts (Reglung aller SA-Angelegenheiten) wurde der Oberleutnant Brückner. Zivilkabinettschef ist der treue „Privatsekretär“ Heß. Dort hat Heß alle Unannehmlichkeiten, alle Korruptionsverfahren abgewehrt wie einst in der Münchener Saalschlacht die Gegner, als Hitler auf seinem Plage stehen blieb und beobachtete. Von dort hat er „bis auf weiteres alle Aktionen gegen Wachenhäuser und warenhausähnliche Betriebe verboten“.

Von Heß, der 1894 in Alexandria geboren ist, der mit dem Führer 7 1/2 Monate auf einer Festung verbrachte, ist sonst kaum mehr in die Öffentlichkeit gedrungen, als seine unentwegte Freundschaft zu Hitler, und die Tatsache, daß er manche Rede Hitlers entwerfen durfte. Auch ein Gedicht hat er der Nachwelt übergeben, dessen Endzeilen lauten:

„He, Franzmann, das ist böser Morgengruß!
Ihr dort müßt sterben, daß wir leben können.
Wir selbst und unser ganzes, armes Volk.“

Es wurde 1924 geschrieben — 1933 parteiamtlich dem erwachten Deutschland übermittelt.

Wir entnehmen diesen Aufsatze dem soeben bei Editions du Carrefour, Paris, erschienenen Buche „Naziführer leben!“, Es enthält 33 Biographien aus dem „dritten Reich“ und ist illustriert.

Staatsfeindlicher Skatbruder

Aus der deutschen Kinderstube

H. B. Der neue Bürgermeister von Neudöbura de Haan wurde in diesen Tagen seines Amtes enthoben, da er gegen die noch immer geltenden Bestimmungen verstoßen hat, die „zum Schutz von Volk und Staat“, zur „Überwindung der Not von Volk und Reich“ und dergleichen aufgestellt wurden, verstoßen hat.

Dieser Mann schämte sich nicht, mit dem ehemaligen Postsekretär Niems, der gleich zu Beginn der „nationalen Erhebung“ aus dem Amte gejagt worden war, weil er sich nicht gleichschalten lassen wollte, und dem ehemaligen Landrat Stelzer — Skat zu spielen. Dieses Verbrechen konnte nur mit Abholzung des Gehirns gesühnt werden.

Sein vorläufiger Nachfolger wurde der in Neudöbura unter dem Namen „der kleine Opa“ bekannte Sattler Arabes, der das verwaiste Amt kommissarisch verwaltet.

Arabes ist 39 Jahre alt und hat die schwebenden Mauern der guten Stadt Neudöbura bis auf den heutigen Tag noch niemals verlassen. Seine Heimatstube wurde also trefflich belohnt.

Moses

„Den Juden geschieht nichts“

Man schreibt uns aus dem Reich:

In Wessling bei Bonn starb am 19. Januar unter großen Qualen der 99 Jahre alte Reichshändler Moses, verheiratet, Familienvater, ein allgemein beliebter Mann. Er war ferngestuft, bis im September 1933 der Kölner Schlachthofdirektor einigen SA-Geusen die Weisung erteilte: „Rehmt doch mal den Moses mit zur Behandlung in die Schweiz!“

Die Schweiz — das ist eine Mälarube hinter dem Schlachthof. Dort wurde das Opfer hingebracht und beschlädgemäßig „behandelt“. Man fand ihn bewußtlos: das Kalbendein zertrümmert, Abdrücke von eisenschlagenden Stiefelabsätzen im Gesicht und Stirn; den Brustkäfen eingetreten, Rippen gebrochen usw.

Die besten Ärzte Kölns versuchten zu retten, was nicht mehr zu retten war: innere Verletzungen, Leberverletzungen und chronische Blutungen machten alle Hoffnungen zunichte. Am 19. Januar ist Moses unter grausamen Schmerzen nach viermonatigem Stichtum der berühmten deutschen Hitler-Kultur erlegen. Im katholischen Wessling trauert fast die ganze Bevölkerung um den allgemein beliebten prächtigen Mann und stillen Wohltäter. Selbst die lokalen SA-Größen fondolierten tieftraurig den Ansehlichen, nicht ohne die dringende Bitte, nichts von der Todesurkunde und über die Auswüchse der Wondys verkünden zu lassen. Der Herr Schlachthofdirektor und seine braune Schlachthofgarbe sind nach wie vor in Amt und Würden. — Die Polizei des berühmten Staates, in dem keinem Juden ein Haar gekrümmt wird, hat in dieser Sache bisher nichts getan. Deute, am 29. Januar 1934, wurde Moses unter großer Anteilnahme zu Grabe getragen.

Statt offener Gewalt - legales Verbrechen

Der neue deutsche Rechtsprecher

Der Ausgang des Prozesses um den Reichstagsbrand hat die Nationalsozialisten — nicht die offiziellen, aber die Masse ihrer Anhänger — in peinlichem Unverhältnis gefunden. Daß angeklagten Kommunisten auch nur der Schein eines Rechtsverfahrens gewährt wurde, während in den Konzentrationslagern und „auf der Flucht“ mit weit weniger bedeutsamer Parteigegnern kurzer Prozeß gemacht wird, konnte das unkomplizierte Hirn des mordgeübten SA-Mannes nie erfassen. Der preussische Ministerpräsident Göring war der Sprecher dieser Nachfahren der Helden von Potempa, als er dem Gericht seine Verachtung der juristischen Formalitäten bekundete. Was er in der ihm eigentümlichen Sprache sagte, verucht nun im Völkischen Beobachter ein Amtsgerichtsrat Hasper in neudeutliche Rechtsformen zu gießen. Das sieht so aus:

„Als Ursache der Rechtsnot — und das bestätigt nur der Reichstagsbrandprozeß — können wir immer wieder und auch sonst blicken: Der Jurist erfährt nicht den Zusammenhang des Prozesses mit dem Leben, geriert darum den Prozeß in zu kleinliche logische „Veneidstragen“ und verliert darüber den für den instinktiven Völkischen zellförmigen Ueberblick über das notwendige, natürliche und selbstverständliche Ergebnis dieses Lebensvorganges. Dies gilt an sich schon für jeden Prozeß. Erst recht muß es gelten für einen Prozeß, in dem es sich um ganz andere Dinge handelt als einen Rechtsfall gewöhnlicher Art. Wenn der Jurist in einem Prozeß Fragen zu entscheiden hat, die an das Letzte im Menschen oder, wie hier, in Staat und Volk rühren, dann muß er Weisheit großen, hier: größten Stills werden, der von höchster menschlicher Werte aus nicht mehr über einen „Tatbestand“, sondern über ein Lebensgeschehen urteilt. Gerade hier spielte ja das „Juristische“ eine nebensächliche Rolle, es ging um Zusammenhänge.“

Bödingen aber das Reichsgericht entschieden habe, als einziges es um „die für die Deffentlichkeit des ganzen Volkes uninteressante Frage, ob der polnische Landarbeiter X die Scheune des Vandalen Y in Klein-Rochlowitz in Brand gesetzt habe“. Anders ausgedrückt: Rechtsgarantien bestehen solange und insoweit, als es sich um Bagatelldelikten handelt; dort aber, wo das Interesse der Nationalsozialistischen Partei in Frage steht, sind Rechtsgarantien unzulässig.

Der Herr Amtsgerichtsrat wehrt sich insbesondere dagegen,

daß dem Angeklagten seine Schuld bewiesen werden muß, nicht er seine Unschuld zu beweisen braucht. Dieses neue „Rechtsverfahren“, das sich auf zwei wirklich neuartige Grundzüge stützt, nämlich den Fortfall der Rechtsgarantien in Kapitalprozessen und Verschiebung der Beweislast auf den Angeklagten, praktiziert der Herr Amtsgerichtsrat sofort gegenüber dem Leipziger Prozeß. Worauf er unverzüglich zu folgenden vier Schlussfolgerungen gelangt:

1. Der Kommunist Lubbe hat das Reichstagsgebäude in Brand gesetzt.

2. Nach Lage der Dinge kann er dies nicht allein gemacht haben, er hat Helfer gehabt (wobei hier gleichgültig, ob im gewollten oder zufälligen Zusammenwirken).

3. Helfer können nur — auch wieder Kommunisten gewesen sein, als Gesinnungsgenossen — und zwar in der SPD, Deutschland.

4. Brandstiftungen sind der erwiesene Kustakt für kommunistische Revolutionen (Rußland, Spanien, das jetzt bekannte Material der SPD über die geplanten Aktionen).“

Diese vier Schlussfolgerungen, die nicht nur unbewiesen, sondern auch unbeweisbar, weil den gerichtlich festgestellten Tatsachen widersprechend sind, nehmen sich allerdings ganz anders aus als das „anleitende Suchen und Ringen nach Erkenntnis, dieses abmähende Zusammentragen von Kleinigkeiten, wie es dieser Prozeß brachte“. Die Unschuld Torglers? „Kein im Leben lebender Mann glaubt das, kann das glauben. Nur der Jurist glaubt das und fordert Schuldbeweise.“

Erfahrunglich, daß ein Amtsgerichtsrat so etwas schreibt? Nein, unendlich erfahrunglich wäre es, wenn sich kein deutscher Amtsgerichtsrat gefunden hätte, der der Willkür die — mit Verlaub zu sagen — theoretische Begründung liefert. Der Mann hat erkannt, was die sich stabilisierende Konterrvolution braucht: statt der chaotischen Rechtslosigkeit die systematische, statt der offenen Gewalt das legale Verbrechen. Damit ist er dem Reichsgericht zweifellos um einen Schritt voraus. Aber diesen Abstand zu korrigieren, schickt sich Herr Göring eben an: Torgler ist nach Berlin überführt worden!

Vikar Holtermann

Weshalb ein Priester zwei Monate Gefängnis erhielt Ein vielsagender Bericht

Aus Dortmund berichtet der „Dortmunder General-Anzeiger“:

Vor der Dortmunder Großen Strafkammer hatte sich der 47 Jahre alte, aus Geldern gebürtige Vikar Alex Maria Holtermann — einst Castro, heute Hochum — zu verantworten, weil er von der Kanzel herab als Geistlicher in Castro am 12. Februar 1933 Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtert hatte und damit gegen den Kanzelparagraphen 130 St. G. B. verstoß.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses fragte der Vorsitzende, ob er zugebe, in der Predigt vom 12. Februar 1933 sich in abfälliger Weise über das Staatsbegründungsgeheimnis zu haben, das dem in der Nacht vom 29. zum 30. Januar 1933 in Berlin gefallenen Sturmführer Maikowski als hohe Ehrung gewährt worden war. Der Angeklagte versuchte abzudiegen.

Vorsitzender: Haben Sie sich zur damaligen Predigt Notizen gemacht?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Es waren in dem Gottesdienste auch SA-Männer in Uniform und viele Nationalsozialisten Ihrer Gemeinde anwesend.

Der Angeklagte ging nun breit auf seine Predigt ein und versicherte, seine Wohnnahme der Regierung kritisiert zu haben. Er habe nur Frieden und Liebe unter den Brüdern auf allen Gebieten des Lebens, in der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft gepredigt. (!!) Das größte menschliche Verbrechen sei die Züchtung eines Mißmenschen. Wenn er dann auf das Staatsbegründungsgeheimnis eingewiesen habe, so sei es nur geschehen, um an diesem gerade affinen Fall zu illustrieren, daß die allgemeine Sündhaftigkeit der Menschheit im Sinne des katholischen Glaubens und der ganzen Christenlehre nicht durch Keuschheitslehren weggewischt werden könne. Nicht durch ein Staatsbegründungsgeheimnis, sondern einzig und allein durch die Liebe könne auch der Mord auf der Straße wiedergutmacht werden!!!

Vorsitzender: Das haben Sie bei Ihrer polizeilichen Vernehmung nicht gesagt.

Der Angeklagte erwiderte, der Sinn seiner Worte sei gewesen, daß die Totenklage nicht übertönt werden könne durch alle Ehrungen der Toten.

Vorsitzender: Sie haben aber auch in früheren Jahren scharf den Nationalsozialismus bekämpft. Der Angeklagte gab es an, berief sich aber auf seine damaligen bischöflichen Instruktionen, die den antinationalsozialistischen Kurs einschlugen. Zur Beleuchtung dieses Punktes ließ der

Vorsitzende einige Briefe des Angeklagten vorlesen, in denen er im Jahre 1931 Angehörige der ihm unterstellten Jugendverbände zum sofortigen Austritt aus der NSDAP anforderte, da der Nationalsozialismus sich nicht mit der christlichen Lehre des katholischen Glaubens verträglich. Dazu bemerkte der Vorsitzende, daß der Vorsitzende des Angeklagten derartige Schreiben nicht für notwendig befunden habe.

Das Gericht hielt dem Angeklagten noch eine Keuschung vom Mai 1933 vor. Am Muttertag war ein junges Mädchen mit der Sammelbüchse an den Geistlichen herangetreten und hatte von ihm zur Antwort erhalten: „Schämst Du Dich nicht, mit einer Büchse zu mir zu kommen!“

Der Geistliche meinte, das Mädchen habe ihn nur provozieren wollen. (?)

Als Zeugen dieser „denkwürdigen“ Predigt vom 12. Februar 1933 wurden 12 Gemeindeglieder gehört, von denen jene Nationalsozialisten hervorgerufen werden sollten, die ganz bestimmte Auslagen machen konnten. Sie hatten gehört, daß Vikar Holtermann gesagt hatte:

Nicht diejenigen sind die Würder, die mit Messer und Revolver auf die Straße gehen, sondern jene, die das Volk verheeren und auswiegeln. Diese wahren Schuldigen können auch nicht durch überbeachtene Sätze und Staatsbegründungsgeheimnisse die Tat wiedergutmachen.“

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig. Er hätte abfällig über einen Staatsakt, wie es das Staatsbegründungsgeheimnis sei, von der Kanzel herab zur Gemeinde in einer Weise gesprochen, die unbedingt Unruhe hervorrufen mußte, denn mehrere Personen hätten die Kirche verlassen, und die gegenseitigen Erörterungen wären soweit gegangen, daß sich die NSDAP, veranlaßt sah, bei dem Regierungspräsidenten über den Geistlichen Beschwerde einzureichen. Unverantwortlich sei es, wenn ein Geistlicher sein Amt dazu mißbrauche, die soeben erst hergestellte Einheit der Volksgemeinschaft zu gefährden. Der Tod des Sturmführers Maikowski sei besonders tragisch gewesen; dieser Nationalsozialist sei gefallen, als der Führer die Macht übernahm. Er beantrage daher eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Reuehaftigkeit könne angesichts der Schwere der Tat nicht in Frage kommen.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht den Vikar zu zwei Monaten Gefängnis. Strafmildernd lasse ins Gewicht, daß die Keuschung schon ein Jahr zurückliege. Außerdem wolle man den Vikar auch nicht allein für alles das büßen lassen, was die Bischöfe einst mit ihrer antinationalsozialistischen Einstellung verurteilt hätten. Der Staat müsse sich aber ernstlich gegen derartige Anarische wehren, denn Politik und Religion hätten nicht miteinander zu tun.“

Der vermöbelte Papen

Das Blatt des Vizekanzlers treibt „Hochverrat“

Die von Papen ausgehaltene „Germania“ hatte in einem Ausflug von Selbständigkeitsgelüsten die Rede des Vizekanzlers von Papen in Kleinwitz gewürdigt. Was sollen die armen Redakteure auch tun? Papen ist doch ihr Brotgeber.

Die nationalsozialistische „Bodensee-Rundschau“ vom 25. Januar schimpft Papens Leibblatt „ewig gestrig“ und „reaktionär“, schreibt, das vizekanzlerliche Blatt erscheine unter Ausschluß der Deffentlichkeit und pfeffert dann los:

Man muß sich angesichts dieser Ausfälle, die im übrigen vor historischen Unrichtigkeiten stehen, nur fragen, ob es eine grenzenlose politische Kalbität ist oder aber ob hier mit einer dann allerdings

nicht zu überbietenden Dreifachheit einer gefährlichen Hebe Vorsicht gemeint wird. Die Vorgänge der letzten Zeit dürften zur Genüge bewiesen haben, daß die politischen Sabotageversuche gewisser literarischer Kreise heute nicht verlangen. Die Zeit dürfte sogar dafür reif sein, daß sehr bald entscheidende Worte gesprochen werden. Der neue Staat ist nicht gewillt, irgendwelche unbefugten Einmischversuche in Rechte, die ihm allein gebühren, zu dulden. Wenn man heute den Versuch zu unternehmen wagt, auf Umwegen eine gegen die Gesamtheit gerichtete und abgetanen Partei und Einzelinteressen dienende oppositionelle Strömung vorwärtszutreiben, weil „Kampf die Kräfte rege hält“, so kann dazu nur gesagt werden, daß derartige Werke Hochverrat sind und entsprechend gewürdigt werden. Man wird ihnen in Zukunft etwas mehr auf die Finger klopfen müssen.

Wie lange wird der Klebstoff auf Papens Ministerstempel das arme Fränzchen wohl noch vor dem Abstieg retten?

Deutscher Buchhandel

Die „Literarische Welt (Neue Folge)“ — ein ganz herziges Blatt! — hat an deutsche Buchhändler folgende drei Fragen ergeben lassen: 1. Welche Bücher empfehlen Sie persönlich während des Weihnachtsgeschäftes Ihren Kunden besonders? 2. Welche Bücher werden besonders von Ihren Kunden verlangt? 3. Welche soziologischen Wandlungen innerhalb Ihres Kundenkreises beobachteten Sie in diesem Jahre gegenüber dem vorigen? — Und nun wehe dem Buchhändler, der sich zu unpassenden Antworten hinreißen läßt! — Nur selbstverständlich, daß in den Beantwortungen der Fragen Eins und Zwei Adolf Hitlers „Mein Kampf“ fast überall vertreten ist, meistens an erster Stelle. Beinahe ebenso beliebt scheint Dietrich „Mit Hitler an die Macht“; dann kommt Rosenbergs „Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“. Ungerechterweise finde ich nirgends die Werke des Doktor Gubbels „Michael“, „Knorke“, „Das Buch Isidor“, „Der Nazisozi“ erwähnt; es sieht so aus, als wollten die Juden ihn immer noch nicht hochkommen lassen. Die Bismarck-Buchhandlung Otto Schulze, Berlin, empfiehlt auch noch herzlich Fritsch „Handbuch der Judenfrage“; es scheint aber trotzdem nicht so besonders glänzend gegangen zu sein, wenigstens nennt Otto Schulze unter den bevorzugt verlangten Büchern an erster Stelle: Spengler „Jahre der Entscheidung“ — was dort drüben doch wohl als ein oppositionelles Buch gilt. Hingegen Gottfried Benns „Der neue Staat und die Intellektuellen“ ist kein Best-Seller, ich hatte mir das anders gedacht. Dieses amüsante kleine Buch finde ich unter den bevorzugt verlangten überhaupt gar nicht, und unter den empfohlenen nur einmal: bei Sturm in Bremen, bei dem aber dann, statt des empfohlenen Benn, bevorzugt verlangt wurde: Barth „Theologische Existenz“ — was erfreulich ist. Das Feinsinnige wird immer noch protegiert und, wie es scheint, gelegentlich verlangt: vor allem Mechows „Vorsommer“; dann Carossas „Führung und Geleit“ oder Hans Friedrich Bluncks Trilogie „Werdendes Volk“, die ein Buchhändler in Charlottenburg — der übrigens seine Kunden „meine guten Freunde“ nennt

— „jedem guten Deutschen“ (also doch hoffentlich allen seinen Freundeskreisen) herzlich anpreist. Durchaus nicht unbeliebt ist ein Geschöpf namens Rumpelstilzchen, dessen neues Buch „Mang uns mang“ heißt. — Für den Manfred Hausmann hatte ich mir ja in meinem Optimismus eine sehr viel bessere Konjunktur erhofft: dieser routinierte Vagabund und gutverdienende Stromer — Liebling der Damen und Kinder aus jener Zeit, da die Republik von Tag zu Tag reifer wurde fürs „dritte Reich“ — ist ein wenig in den Hintergrund getreten. Der neue Roman von Werfel ist nirgends erwähnt. Thomas Mann „Die Geschichten Jaakobs“ ein einziges Mal — und dort unter den „verlangten“, nicht unter den „empfohlenen“ Büchern —; die Kühnheit zu gestehen, daß dies Buch von seinem Publikum verlangt wurde, hat Karl Buchholz, Berlin, dessen Liste überhaupt die anständigste ist. Zu der Frage nach den „soziologischen Veränderungen des Publikums“ äußert dieser Buchhändler sich nur betrübt: „Meine Kunden sind zum größten Teil der alte Kreis, allerdings recht vermindert durch die großen Umwälzungen.“ Und ein anderer — Hans Höyneck, Charlottenburg —, geheimnisvoll: „3. Alles in Fluß, alles in Fluß.“ H. Lindemann, Stuttgart, meint schüchtern: „Daß Liebe zum Buch im Wachsen ist, hoffen wir, möchten es aber noch nicht als Tatsache behaupten wagen.“ Eine nur „selbstverständliche“ Tatsache hingegen ist die, die Chr. Kaiser in München kurz erwähnt: nämlich, daß von den Käufern „nahezu alle Nicht-arianer“ ausgefallen sind. Am interessantesten war mir der Bericht der Schrobedorffschen Buchhandlung, Düsseldorf: „Eine Umschichtung des Käuferkreises haben wir bisher noch nicht feststellen können. Lediglich die Käufer der Wehrsportliteratur haben wir sonst nicht unter unseren Käufern feststellen können.“ Das glaube ich wohl. Und gerade diese neue Leserschicht, die nie andere Bücher gelesen hat und nie andre lesen wird, als „wehrsportliche“, dürfte ja wohl die ausschlaggebende sein.

Klaus Mana

Noch immer Zersetzer

Einer, der den Pferdefuß meckt

Im Blatt der Deutschen Arbeitsfront „Der Deutsche“ wendet sich der Hauptschriftleiter des Deutschen Nachrichtenbüros, Alfred Ingemar Berndt, gegen wesensfremdes Literaturtum und sagt: „Fort mit dem geistigen Seziersmesser von der nationalsozialistischen Weltanschauung.“ In dem Artikel heißt es dann weiter:

„Noch ist der Kampf um Reinigung und Neuaufbau des deutschen Schrifttums nicht zu Ende. Noch sitzen hier und da die Vertreter des verflorenen liberalistisch-marxistischen Systems. Einen offenen Widerstand wagen sie heute nicht mehr. Sie haben zu raffinierteren Methoden gegriffen und schießen jetzt ihre Pfeile geistiger Zersetzung aus dem Hinterhalt ab. Es ist gar nicht schwer, in irgendeinem Bericht einen Nebensatz hineinzuwiegeln, der bewußte Ablehnung des neuen Reiches und seiner Ideen zeigt, der zum geistigen Widerstand aufstachelt und ganz klar beweist, daß die Mächte der Zersetzung den Kampf noch nicht ganz aufgegeben haben. Wenn sie aber den Kampf wollen, dann sollen sie ihn haben. Der Nationalsozialismus hat deutlich gezeigt, daß er nichts fürchtet, und daß er insbesondere mit denen fertig zu werden versteht, die eine mehr oder minder versteckte Obstruktion im neuen Deutschland zu treiben versuchen. Man macht heute in Weltanschauung; denn das ist das Gebiet, auf dem am leichtesten mit hochtrahlenden Worten Zweifel ausgelöst werden können, weil der unbefangene, geistig nicht vorgebildete Leser nur allzu leicht auf philosophisch verbrämte Auslassungen hereinfällt. Die Titel dieser Bücher und Artikel sind

natürlich meist recht harmlos, „staatsbejahend“, sie passen sich durchaus nach außen hin in die Zeit ein. Dringt man jedoch tiefer in diese Erzeugnisse der Druckpresse ein, dann merkt man bald den Pferdefuß. Was jedoch über den Nationalsozialismus im Jahre 1933 geschrieben wurde, fällt so viel Blinde und ist so umfangreich, daß es schier unmöglich erscheint, es so zu überwaschen, daß kein Falschgeld zwischen die echten Münzen gemischt werden kann. Darauf aber haben die Zersetzungsliteraten gehaut. Im neuen Deutschland kann nur der über Fragen vom Wesen und Werden des neuen Reiches und seiner Grundanschauungen mitreden, der die blutsmäßigen Voraussetzungen dafür mitbringt und sich diese Weltanschauung erkämpft und erobert hat.“

Das hitleramtliche Nachrichtenbüro heißt jetzt Deutsches Nachrichtenbüro, abgekürzt DNB. Der Mann, der die vorstehenden Zeilen geschrieben hat, ist sein Chefredakteur. Wer also die Meldungen aus dieser Küche liest, der muß sich darüber klar sein, daß hier alles nach diesem Begriff von Freiheit ausgewählt worden ist. Das gilt für Inlandsnachrichten wie für Zitate aus der Auslandspresse.

Im übrigen muß man die amtlichen braunen Publizisten aus menschlichen Gründen tief bedauern. Die herausgeworren, gequälten, gemordeten, gefangenen marxistisch-liberalistischen Zersetzer, Falschmünzer und Pferdefüße schleichen sich nachts wieder in die Zimmer der Sieger, setzen sich auf ihre Bettdecken und bereiten ihnen Angstträume.

Es war nichts los!

Durch die späte Abendstunde gellen die Signale der Feuerwehr. Ein Löschzug rast heran. Winker und Lichter glühen rot. Vier Fahrzeuge jagen heran, biegen ein, halten an der letzten Straßenecke. Radfahrer schwärmen hinterdrein. Die einsame Straße wird lebendig. Füße trappeln im Laufschrift. Schuhe an, Mantel an, Hut auf — hin! Kipling hat schon

recht: „Einmal ein Journalist, immer ein Journalist!“

Als wir vor dem Hause ankommen, rückt die Feuerwehr schon wieder ab. Ein Mannschaftswagen steht noch da. Das Haus sieht aus wie immer. Leute schauen aus den Fenstern. Das Treppenhaus ist erleuchtet: Hausbewohner stehen drinnen beisammen. In einem Kohlenkeller hat es ein wenig gebrannt; es ist schon vorbei. Die Feuerwehrleute kommen heraus, klopfen sich die geschwärzten Hände ab, sitzen auf. Der Wagen fährt ab; rot glühen die Lichter — um die Ecke — aus.

Die Neugierigen gehen davon, sprechend, lachend und sichtlich enttäuscht: es war nichts los. Es gab kein prasselndes Feuer, keine Flammenglut in der Nacht, keine händeringenden Leute, keinen in den Straßenschmutz geschleppten Hausrat. Es war nichts los — es gab kein Schauspiel!

Denn das Unglück der anderen ist immer ein Schauspiel! Ein Bild in einer Zeitschrift aus den Berliner Revolutionstagen nach dem Kriege bleibt unvergänglich: Ein Mann wird standrechtlich erschossen — er steht an der Wand, furchtbar allein in einem leeren Raum. Gewehre sind auf ihn gerichtet. Zuschauer stehen im Kreis um den Schreckensort — sie müssen dabei sein und sehen, wie ein Mann erschossen wird! Und ein Reporter hat die Szene fotografiert, hat sorglich Belichtungszeit und Blende eingestellt, hat durch den Sucher geblinzt und geknipst, eine Sekunde vorm Kommando „Feuer!“ Nie vergißt man diese vier Meter leeren Raum zwischen dem Fotografen und dem Mann an der Wand. Flintenläufe, Zuschauer und ein Reporter, der ihn fotografiert — das war sein letzter Anblick, eine Sekunde vorm

Sterben. Kein Schrei, der ihm half, kein empörter Retter — nur Zuschauer. Ein Schauspiel sein Tod.

Als nach Hitlers Gewaltstreich die Gewerkschaftshäuser, die Arbeitersportheime, die sozialdemokratischen Zeitungen gestürmt und besetzt worden waren, hatte sich in einer Stadt das Gerücht verbreitet, daß am nächsten Tage auch die Ortskrankenkasse und die Konsumvereinsgebäude besetzt und die „Bonzen“ herausgeschmissen werden würden. Stundenlang wartete eine vielhundertköpfige Menge auf das Erscheinen der SA, auf das Schauspiel. Leute darunter, die bestimmt schon einmal Krankengeld von der Kasse, ihrer Kasse, empfangen, die bestimmt häufig in diesem Warenhaus des Konsumvereins, ihres Vereins, Einkäufe gemacht hatten. Sie waren wehrlos — ja, aber sie blieben diesem schmachvollen Schauspiel nicht fern — sie standen da, wie sie bei einem Schandenspektakel, einem gestürzten Gaul, einer Hochzeitskutsche vor der Kirche — und auch bei einer öffentlichen Hinrichtung stehen würden, neugierig und schaulustig; sie standen da und warteten auf das Schauspiel. Es fand an diesem Tage nicht statt, und enttäuscht nach stundenlangem Warten gingen die Leute schließlich davon — es war nichts los!

Und nun stehen sie im „dritten Reich“ und schauen zu. Fackelzüge, Aufmärsche, Gefangenentransporte, Luftschulungsübungen, Judenmädchen am Pranger, Massentraunungen in SA-Uniform, Verhaftungen, Fahnenweihen ziehen vorüber — es ist viel los!

Es ist die alte Geschichte: Panem et circenses — Brot und Spiele!

Nein — ein Wunder hat Hitler doch vollbracht. Er ist das Brot schuldig geblieben und hat nur die Spiele, Schauspiele geboten. Und die Menschen sind geduldig; sie laufen den Spielen nach und glauben, daß Hitler auch noch das Brot dazu geben wird.

Einmal aber wird den geduldigen Menschen der Betrug nicht länger mehr verborgen bleiben können. Einmal wird Deutschland wirklich erwachen und erkennen:

Trotz aller Schauspiele — es war nichts los!

Manfred.

Bürgermoor

Jens Steffen, der Bauer, hat einen Knecht. Henner, Piter, so hieß er, und der war schlecht. — Betrat er den Stall, so zittert das Vieh. Dem Kalb in der Ecke schlottern die Knie. Mit Peitsche und Stecken, mit Fluchen und Tritt teilt er dem Vieh seinen Willen mit . . .

Der Bauer Jens Steffen steht auf der Tenn- und schüttelt den Kopf, da kommt mit Geflenn die Magd gerannt: Sieh, Bauer, das Kalb, ich kann nichts dafür. Jetzt liegt es schon halb, das Vieh ist hin. Da hilft kein Beten, Henner Piter hats in den Leib getreten . . .

Henner Piter muß gehn. Sein Abschiedsgruß ein Fluchen nur, dann führt ihn sein Fuß zur Stadt und lang blieb er unbekannt. Da plötzlich wird Henners Namen genannt.

In der Heide, drüben in Bürgermoor, ein Lager. Da steht Henner Piter vor 1200 Menschen, die dort in Haft . . . Was meint ihr, wies Henner Piter schafft? Sozialisten und Juden, alles gleich. Henner Piter erzieht sie fürs „dritte Reich“. —

Jens Steffen, der Bauer, kratzt sich am Ohr: „Gott behüte uns alle vor Bürgermoor“ — — —

Archibald.

Bibliothek

Warburg zieht nach London

Deutschland verliert, so berichtet die „Neue Züricher Zeitung“, eine seiner kostbarsten Bibliotheken: die Hamburger Bibliothek Warburg, deren Gründer und großzügiger Betreuer, Aby Warburg, aus der jüdischen Bankiersfamilie dieses Namens in Hamburg und Newyork stammend, 1929 gestorben ist. Man hörte vor einiger Zeit, daß englische Kreise diesem wertvollen Institut unbehelligten Aufenthalt angeboten hätten. Vorerst soll dieser auf drei Jahre bemessen sein. Man wird ja sehen. Manche Deutsche, die über den Wert dieses kulturellen Juwels ein Urteil haben, hoffen noch, die Nachricht über das englische Angebot sei eine Seeschlange, oder man werde in Hamburg alles tun, um diesen Kulturbesitz im Lande zu halten. Jetzt melden englische Blätter, die Bibliothek und die Schätze der Kartothek seien unterwegs. Sie sollen in der Londoner Universität gastliche Unterkunft finden. Diese hat sich damit eine starke, international wirkende Anziehungskraft mehr gesichert.

Diese erstaunliche Privatbibliothek ist ein Sanktuarium der Europäistik, der Erforschung europäischer Geistes- und Vorstellungserbteilungen geweiht. Dieser Gedanke lag dem Aufbau der Bibliothek zugrunde. Sie hat einen bestimmten Stil, sie ist zugleich persönlich und umfassend. Esoterische Traditionen sind als Forschungsgebiete sorgsam miteinbezogen; in diesem Milieu erschließt sich aus ihnen eine ungeahnte Sinnfülle für die Erkenntnis geschichtlicher Zusammenhänge.

Lu kämpft

„Lu im Lebenskampfe“ mit dem Untertitel „Roman eines berufstätigen Mädchens“ heißt das Gewächs, das der „Westdeutsche Beobachter“, Kölns großes Naziblatt, seinen Lesern nun schon in achtzehn Folgen vorsehen und immer noch nicht zum Schluß kommen läßt. Aber A. Meuter, der Verfasser, hat die Eignungsprüfung als Romanschreiber in Hitlerien bestanden, sogar sehr gut bestanden. So schreibt Meuter in Folge 18:

„Schon am nächsten Morgen, nach einer elend verbrachten Nacht, fand Lu auf ihrem Tische im Sekretariate ihren Kündigungsbrief vor. . . „So nobel, unsere Direktion,“ sagte Erg von der Devisen-Abteilung, der auch seinen blauen Brief in der Tasche hatte. „Was sagen Sie, Fräulein Valley?“ Lu sagte gar nichts. Schweigen mußte man, wie zu jeder Ungerechtigkeit des Lebens. Wer weder Geld noch Macht hatte, mußte schweigen. Es war das Beste.“

Ja; sie werden erzogen, die Hitlerianer und die Hitleriken. Zu Heldentum werden sie erzogen! Nämlich im Schweigen! Also bestand der deutsche Romandichter A. Meuter sein Zulassungs-Examen in Hitlerien.

Zeit-Notizen

Was geschieht mit den Abiturienten?

Eine große Sorge ist die Frage, was mit den Abiturienten geschehen soll, denen man das Weiterstudieren verboten hat. Um ihnen zu helfen, will man bei den Berufsberatungsämtern für die „Einzelberatung“ durchführen und mit allen möglichen Organisationen verhandeln, um sie unterzubringen. Die Landesarbeitsämter werden die Zahl der in Betracht kommenden Jugendlichen feststellen. „Soweit eine sofortige Unterbringung sich als unmöglich erweist, sollen die Abiturienten bis zum Zeitpunkt der Vermittlung in kursähnlichen Veranstaltungen zusammengefaßt werden.“

Tarnung

Das „Literarische Zentralblatt“ (1) teilt mit: „Am 27. Dezember starb in Mentone der russische Lustspiieldichter Anatol Wassiljewitsch Lunatsharski.“

Neue Geschichtsschreibung

Das Buch „Die deutsche Wende in Europa“, München, Callwey, proklamiert die Hegemonie Deutschlands auf dem Kontinent: „Jetzt geht es um die freie, durch Versailles künstlich hinausgeschobene Einordnung des Reiches auf diesem Kontinent, der keine andere als eine gemeinsame Zukunft mehr hat.“ Also: Paneuropa unter Naziführung.

Schallplatten-Hege

Knorr und Hirth, München, gibt „Das tönende Buch vom deutschen Heer“ heraus. Schallplattenbeilagen sind die besondere Pikanterie dieser neuen Kriegspropaganda. Als Gegenstück erschien auch ein „Tönendes Buch der deutschen Marine“

Perspektiven der spanischen Republik

(I.I.) Im Pariser „Populaire“ vom 18. Januar finden wir folgenden Aufsatz des ehemaligen spanischen Botschafters in Berlin, Luis Araguistain, Abgeordneter von Madrid.

Die offiziellen Statistiken über die Stimmzählungen, die die einzelnen Parteien bei den Wahlen am 19. November und 3. Dezember erhielten, liegen noch nicht vor. Wir haben uns daher für diesen Artikel der Angaben bedient, die das Sekretariat der sozialistischen Partei Spaniens gesammelt hat. Obwohl sie gleichfalls nicht vollständig sind, kommen sie den Gesamtsummen recht nahe und sind genau genug, um als zuverlässige Grundlage für unsere Berechnungen zu dienen.

Ein oberflächliches Urteil muß das Ergebnis der Wahlen als für die Republik katastrophal ansehen. In der konstituierenden Nationalversammlung von 1931 zählten die nichtrepublikanischen Rechtsparteien — die Agrarpartei, die baskisch-navarische Gruppe usw. — nur etwa 30 Abgeordnete. In den neuen Cortes verfügen sie über 200 von insgesamt 473 Mandaten.

Die republikanischen Linksparteien — Radikalsocialisten, republikanische Aktion, Föderalisten, Esquerro (katalonische Linke), und URM (galicische Linke) — die in der konstituierenden Versammlung insgesamt ungefähr 130 Abgeordnete zählten, haben im neuen Parlament nur etwa 30. Vier der Minister des Kabinetts Martinez Barrio, unter dem sich die Wahlen vollzogen, wurden nicht mehr wiedergewählt. Manuel Azana selbst, der Führer mehrerer Regierungen, und die bedeutendste Persönlichkeit im republikanischen Lager, wäre nicht Abgeordneter, wenn er nicht im Bunde mit den Sozialisten in Bilbao kandidiert worden wäre.

Wir Sozialisten haben rund 60 Abgeordnete erhalten, etwas mehr als die Hälfte der Zahl, über die wir im ersten Parlament der Republik verfügten. Nur die radikale Partei, deren Führer Verrouz ist, hat ihre Mandatszahl dank den Stimmen ihrer monarchistischen Bundesgenossen etwas steigern können: sie erhielt 100 Abgeordnete.

Ist das nicht alles in allem eine Katastrophe für die Republik? Es scheint, daß es so ist. Aber die Wahrheit ist doch ganz anders. Es genügt, die Stimmzählung zu prüfen, die jede Partei oder Parteiengruppe erhalten hat. Die Wahlen fanden auf Grund des neuen von der Konstituante beschlossenen Wahlgesetzes statt. Dieses Wahlgesetz ist einer der größten Fehler der jungen Republik, eines der seltsamsten Wahlgesetze überhaupt. Es wäre schwer, in der Geschichte der Wahlverfahren der Welt ein ähnliches zu finden.

Ein unsinniges Wahlgesetz

Die Autoren des Gesetzes glaubten, daß bei den Wahlen von 1933 die republikanischen Parteien und die sozialistische Partei ihre Koalition von 1931 aufrecht erhalten würden, daher von der Mehrheitsprämie in fast allen Wahlkreisen Vorteil ziehen könnten und den Rechtsparteien nur die Zahl der Minderheitsabgeordneten überlassen würden. So enthält das Gesetz eine Prämie für große Wahlkoalitionen und sieht vor, daß eine Liste wenigstens 40 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten muß, wenn der erste Wahlgang gültig sein soll. Im zweiten Wahlgang genügt jede Stimmzählung.

Alle Prophezeiungen erwiesen sich aber als falsch. Nur in ganz wenigen Wahlkreisen gab es einen Linksbund. Die Sozialisten wollten ihre Stimmzählung im Lande feststellen, da man ihnen oft genug vorgeworfen hatte, daß ihre Mandatszahl in der Konstituante ihrer wirklichen Kraft nicht entspreche. Die republikanischen Parteien waren in voller Zersetzung. Die stärkste unter ihnen, die radikal-sozialistische, hatte sich in drei Gruppen gespalten. Die anderen, hinter denen keine größeren Volksmassen standen, hatten für eine Wahlkoalition nicht viel zu bieten.

Machiavelli selbst hätte keinen günstigeren Augenblick für die Ausschreibung von Wahlen finden können, deren Wesenszweck gewesen wäre, die Macht der Parteien zu zerstören, die die Republik geschaffen, die Verfassung und die sozialen und Religionsgesetze beschlossen hatten. Und wenn in der Monarchie Machiavelli nur der Ratgeber des Fürsten sein kann, so kann er in einer Republik sogar Präsident sein.

Andererseits koalierte sich die radikale Partei für die Wahlen mit den Rechtsparteien, den offen monarchistischen, und den unentschlossenen und schwächlichen Monarchisten, die später, gleichfalls aus Machiavellismus ohne eigene Ueberzeugung und ohne jemand zu überzeugen, der Republik Achtung versprochen. Verrouz hat die Gewohnheit, immer wieder in seinen pittoresken Reden zu sagen „estamos entre caballeros“, wir sind unter Ehrentäuschern; man weiß, was das in Spanien bedeutet. Das Wahlergebnis war daher das folgende:

Charakteristische Zahlen

Von den rund 13 Millionen in den Wahllisten enthaltenen Personen — männlichen oder weiblichen Geschlechts — haben etwas mehr als 8 Millionen abgestimmt. Die Koalition der Mitte und der Rechten erhielt 3385 000 Stimmen. Sie umfaßte die radikale Partei, die URM (Spanischer Verband autonomer Rechte), die katholisch und agrarisch ist, die eigentliche Agrarpartei, ebenfalls katholisch, die monarchistische „spanische Erneuerung“, von der der Hauptteil des gemeinsamen Wahlfonds stammte, die traditionellistische Partei (die ehemals karlistische Partei), die konfessionell-republikanische Partei Miguel Maura, des ehemaligen Innenministers, die republikanisch-liberaldemokratische Partei Melquiades Alvarez, des letzten Präsidenten der Cortes der Monarchie, und noch andere Gruppen. Mindestens sieben Parteien.

Die radikale Partei zog in einigen Wahlkreisen selbständig in den Kampf, wobei sie 700 000 Stimmen erhielt, was mit den oben angeführten Stimmen zusammen etwas mehr als 4 000 000 Stimmen ausmacht. Also rund die

Hälfte der abgegebenen Stimmen. Nach dem Proporz hätten die Parteien der Mitte und der Rechten also die Hälfte der 473 Mandate der neuen Kammer erhalten sollen, ungefähr 236. Nach den Zahlen aber, über die wir gegenwärtig verfügen — und die noch nicht endgültig sind, da noch nicht alle Mandate von der Kammer geprüft wurden — berechnet man, daß diese sieben Parteien ungefähr 335 Abgeordnete, das heißt 42 Prozent mehr, als ihnen nach ihrer Stimmzahl zukommen, erhalten werden.

Die sozialistische Partei hat in den Wahlkreisen, in denen sie selbständig kämpfte, 172 000 Stimmen erhalten, sie sollte daher 102 Mandate besitzen statt der 60, die sie besitzt, also 40 mehr. Dazu kämen aber noch die Mandate, die den 700 000 Stimmen entsprächen, die die Partei gemeinsam mit der Esquerro in Katalonien und anderen republikanischen Parteien in einigen wenigen Wahlkreisen erhalten hat. Insgesamt ergibt das 2 400 000 Stimmen, denen 142 Abgeordnete entsprächen. In der neuen Kammer aber werden sie höchstens 80 erhalten.

Die republikanischen Parteien, die weder mit den Radikalen noch mit den Sozialisten verbündet waren, erhalten unter Einschluß der 145 000 kommunistischen Stimmen 785 000 Stimmen, denen nach dem Proporz 45 Abgeordnete entsprächen. Sie erhalten aber nur elf Mandate, also 309 Prozent weniger, als ihnen zukäme.

Diese Zahlen genügen für den Beweis, daß nicht die Rechte die wirklich republikanischen Parteien niedergeworfen hat, sondern ein unerhört unsinniges Wahlgesetz und die politische Schamlosigkeit der Radikalen, die nicht weniger unerhört ist und ihnen erlaubt, gemeinsam mit mehr oder weniger notorischen Monarchisten in den Kampf zu ziehen. Dank der Regierung Martinez Barrio, des Stellvertreters Verrouz, konnte diese wirtschaftliche und politische Koalition durch die Vertreter der früheren monarchistischen Gruppen, die sich während zweieinhalb Jahren republikanischer Schwäche wiedergefunden hatten, auf die Wählerschaft den stärksten Druck ausüben. Seit der Zeit des klassischen Meisters des Wahlschwindels in der Monarchie, Romero Robledo, hatte es niemals in Spanien so schwindelhafte Wahlen gegeben. Die Widerrechtlichkeit der neuen Cortes, insbesondere der parlamentarischen Vertretung der Rechten, ist so offenkundig, daß die sozialistische Partei nicht gezögert hat, dem Präsidenten der Republik anlässlich des Rücktritts des Kabinetts Martinez Barrios die sofortige Auflösung des neuen Parlaments noch vor seiner Konstituierung anzuraten, in der Meinung, daß die davon ausgehende Gewalt unbedeutend und eine schamlose Verhöhnung des wahren Volkswillens ist.

Es ist unmöglich, die Stimmzählung der einzelnen Parteien zu berechnen, die ein Wahlbündnis abgeschlossen hatten. Niemand zweifelt aber daran, daß keine dieser Parteien an die 1 700 000 Stimmen herankommt, die die

sozialistische Partei selbständig erhalten hat, ganz abgesehen von den Stimmen, die sie auf Allianzlisten mit den Republikanern erzielte. Die sozialistische Partei ist daher die stärkste Wählermasse Spaniens.

Gegenrevolutionäre Diktatur?

Allerdings war die Enttäuschung der sozialistischen Massen angesichts der skandalösen Wendung der republikanischen Politik, die sich nun vollzieht, — die Fälschung des Volkswillens und die Vorbereitung der Aufhebung der sozialen und Kirchengesetze —, so groß, daß der Glaube der Arbeiterklasse an die Demokratie innerhalb des kapitalistischen Regimes täglich schwächer wird. Dazu trägt auch die Wut bei, mit der die Rechte, einzelne Behörden der Republik und sogar manche Republikaner, daran arbeiteten, die Sozialisten von der Macht zu verdrängen und sie später außerhalb des Rahmens der republikanischen Legalität zu stellen, ihre Presse und die Gewerkschaftsorganisationen hemmungslos zu verfolgen. Die Tragödie der spanischen Republik ist es, daß ihre Hüter den Monarchisten freudig die Tore öffnen und gleichzeitig ihre treuesten Stützen aus den Mauern der republikanischen Zitadelle hinausdrängen: die Sozialisten und die mit ihnen verbündeten Gewerkschaften der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Dennoch braucht man nicht zu fürchten, daß sich hier wiederholen könne, was in Italien und in Deutschland geschehen ist. Einige fürchten die Wiederkehr einer Militärdiktatur, wie jener von 1923, die sieben Jahre dauerte. Diese Analogie ist falsch. Auch damals war die Unterwerfung des spanischen Volkes nur scheinbar. Wir mußten alle, daß die Diktatur des Generals Primo de Rivera die letzte Karte der Monarchie war und daß der Sturz der Diktatur den Thron mit in den Abgrund reißen mußte, wie es dann auch geschah. Heute aber würde sich Spaniens Boden selbst gegen eine solche Diktatur erheben. Die gesamte Arbeiterklasse würde wie ein Mann aufstehen. Wenn es eine Diktatur geben sollte, dann wird es auch eine Revolution geben: das ist das Gelübnis, das die sozialistische Fraktion vor wenigen Tagen von der Tribüne des Parlaments aus leistete. Hinter der sozialistischen Partei stünden zweifellos ihre Gewerkschaften und die Kommunisten, wahrscheinlich auch die Syndikalistischen und die Anarchisten. Die Diktatur könnte vielleicht die Revolution besiegen, aber nicht ohne die Straßen mit dem Blut der Arbeiter zu überschwemmen, in dem auch die Diktatur unterginge. Wenn aber die konterrevolutionäre Diktatur fallen sollte, so wäre für einige Zeit alle Macht in den Händen der Arbeiterklasse und der bereits sehr großen Teile der Mittelschichten, in deren Augen alle politischen Formen des Kapitalismus verflucht haben.

Handelsredakteur

von unabhängiger Zeitschrift im Saargebiet gesucht. Verlangt wird wissenschaftliche Bildung, größere praktische Erfahrung und völlige Selbstständigkeit. Lebhafter und anschaulicher Stil ist Voraussetzung.

Angebote unter „R. 1250“ an die Geschäftsstelle der „DEUTSCHEN FREIHEIT“ Saarbrücken.

Gespenserschei?

Um die Zukunft der Ostsee-Randstaaten

Ueber die Politik der Nazi im Baltikum sagt Peers in seiner Außenpolitischen Umschau: „Die russische Politik setzt unterdessen ihre Bemühungen um die baltischen Gebiete fort. Während Finnland einen russisch-polnischen Garantiepakt für Finnland als der nationalen Würde abträglich bezeichnet, bekräftigt ihn die einflussreiche Presse wünscht allerdings seine Erweiterung durch Hinzutritt der Großmächte und Schwedens. Aus sicherem Instinkt fühlt der Küstenstaat Estland, daß er sich nicht reiflos seinen Landnachbarn anliefern darf. In Lettland wird der Garantiepakt mit Jubel und einer geradezu börsartigen Deke gegen alles Deutsche begrüßt. Die litauische Presse dagegen lehnt den Garantiepakt überhaupt ab. In der russischen Öffentlichkeit wird die Stimmung gegenüber Deutschland immer unfreundlicher: es ist überhaupt bezeichnend, daß hierbei gerade die verschiedenen Juden in der Sowjetpresse besonders unangenehm auffallen. Radel, der früher mandamental klägere Dinge schrieb, steht jetzt sogar in deutschen Landkarten, welche die Verbreitung von Bewegungen aufzeichnen, die dem Nationalsozialismus nahestecken, deutsche Annektionsabsichten. Weiter kann man die Gespenserschei kaum noch treiben!“

Wir weisen bereits einmal darauf hin, daß die Pläne der deutschen Außenpolitik von den Siegfriedlern während des Krieges vorgezeichnet wurden; sie stellen durchaus nichts Neues dar. Und Landkarten, wie die, die Radel meint, oder wie die im letzten „Metallarbeiter“ (3), zeigen deutlich, wohin der Weg des Reiches Nummer 3 führt.

Nordisches Dänemark

Unter marxistischer Führung

Zeit September hat die unter der Führung der Sozialdemokratie stehende dänische Regierung daran gearbeitet, die für die Fortführung der Arbeiten während des Winters notwendige parlamentarische Grundlage zu sichern. Die Voraussetzung, die verwirklicht werden mußte, war die Zustimmung einer der oppositionellen Parteien zu einer Reihe von Hilfsmassnahmen für die Arbeitslosen, sowie einem umfassenden Bauernhilfsprogramm gemäß den Vorschlägen der Landwirtschaftskommission, die während des Sommers beraten hat. Die konservative Partei lehnte es von vornherein ab, diese Politik zu unterstützen, die das Schicksal der Arbeits-

losen mit dem der Landbevölkerung verknüpfte. Sie lehnte es schließlich sogar ab, an den Verhandlungen verantwortlichen Anteil zu nehmen und entließ lediglich „Beobachter“ an die von der Regierung und einzelnen führenden Parlamentariern einberufenen Sitzungen. Der Umstand, daß die Regierung grundsätzlich ablehnte, die relativ leicht erhaltliche Zustimmung der Oppositionsparteien zu den beschriebenen Farmerhilfsmaßnahmen zu akzeptieren, wenn die Arbeitslosen und die Arbeitsbeschaffung auf den üblichen und langwierigen parlamentarischen Weg verdrängt werden sollten, erklärt die Dauer und die Schwierigkeit der Verhandlungen. Ein erfolgreicher Abschluß kam erst am 9. Dezember zustande, als die Bauernliberalen einer Verständigung zustimmten. Die parlamentarische Behätigung dieses Abkommens erfolgte erst knapp vor den Weihnachtsferien. Unter dem Namen „Weihnachtsvereinbarung“ ist dann auch dieses, das vierte größte politische Abkommen in der dänischen Politik seit dem Beginn der Weltkriege, bekanntgeworden.

Die dänische Regierung hat damit neuerdings bewiesen, daß eine unter der Führung der Arbeiterbewegung stehende Regierung imstande ist, mit der Bauernschaft auf der Grundlage der Interessengemeinschaft zwischen Bauern und Arbeitern zusammenzuarbeiten. Dieser Zusammenarbeit stehen nur die Konservativen, eine kleine reaktionäre Gruppe der Bauernschaft und die Kommunisten fern, deren zwei Vertreter im dänischen Unterhaus mit den Konservativen zusammen die Anträge der Stauning-Regierung bekämpften.

Keine Lüge zu groß

Wir lesen u. a. in „Der Volk“:

„Bemerklich schnell, nachdem die deutsche Regierung fast alle Sportvereinigungen gezwungen hatte, den berühmten Arierparagrafen in ihre Statuten aufzunehmen und damit die Juden aus ihren Reihen zu stoßen, war sie gezwungen, haktia zurück zu krabbeln. Sie konnte aber nicht zurück und mußte darum — was wahrlich nicht so schwer für sie war — ihre Zuflucht zu einer Lüge nehmen. Dr. Vernald, der Vorsitzende des deutschen Olympischen Komitees, dem man schließlich den Panpass gegeben hatte, weil seine Großmutter eine Jüdin war, wurde plötzlich, wenn auch nur dem Namen nach, wieder in Amt und Würden eingeseht und mußte Deutschland auf dem Internationalen Olympischen Kongress in Wien vertreten, und er, der den Terror am eigenen Leibe gespürt hatte, mußte die ausländischen Abgeordneten über den Kongress beruhigen und ihnen mitteilen, daß die ausländischen Juden ebenso ruhig bei den Olympischen Spielen erscheinen könnten, wie ... die deutschen Juden selbst. Niemand kam auf die schlaue Idee, daß der Arierparagraf dies schon im voraus unmöglich gemacht hatte. ... Man sieht, Dr. Vernald war sein Gewicht in Goldwert für die deutschen Sportführer, die vorläufig beruhigt sein können. Wenn die Zeit der Spiele gekommen sein wird, werden sie schon eine andere Ausrede gefunden haben. Und inzwischen gehen sie ruhig ihren eigenen Weg, halten den Arierparagrafen aufrecht und machen es den Juden unmöglich, auf eine Weise Sport zu treiben, wie es für ein Training zu den Olympischen Spielen nötig ist. Aber Boykott von Juden? Ach, geh, so etwas besteht doch nicht ...!“

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Wie uns vom Cercle Villon, dem bekannten Unterstüßungsheim für Künstler und Schriftsteller auf dem Montparnasse mitgeteilt wird, sind dort zur Zeit 500 Mitglieder eingeschrieben, davon die Mehrzahl Ausländer und etwa 15 Deutsche.

Die Einheitsgewerkschaft der Buchdrucker (typos unitaires) hat nach lebhafter Debatte in der Pariser Arbeitsbörse mit 134 gegen 111 Stimmen im Prinzip die Vereinigung ihrer Organisation mit der freien Gewerkschaft (syndicats confédérés) beschlossen.

Im Pariser Deutschen Klub findet am Samstag der von uns angekündigte Abend „Verbotene Musik“ statt (64, rue du Rocher, 21 Uhr), an der unser Musikberichterstatler Paul Walter beteiligt ist. Zur Aufführung gelangen ausschließlich Musikstücke deutscher Tondichter, die im „dritten Reich“ verstimmt sind.

Die Pariser Concierges, die „wichtigsten Personen“ der französischen Weltstadt, haben einen „Krieg“ angefangen. Ihr Syndikat, das 20 000 „Pipelets“ umfaßt, hat in einer Versammlung in der Mairie des 11. Arrondissements beschlossen, den 80 000 Groß-Pariser Concierges vorzuschlagen, daß sie der Steuer keine Anskünfte mehr über die Mieter liefern.

Die Flüchtlingskaserne an der porte d'Orléans ist mit Ende Januar geschlossen worden, da das Gebäude abgerissen wird. Die Einwohner sind teils vom Comité National abgefunden, teils in Hotels untergebracht worden, einige gingen auch mit einem neuen Palästina-Transport in See.

Feinste jüdische Selchwaten- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris

58, AVENUE WAGRAM, Tel. Canal 27-62
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

Emigrant

Kaufmann, tüchtiger Verkäufer, vielseitig, sucht m. einigen tausend Fr. tätige Beteiligung oder Einlage gegen feste Besoldung, Angebote unter E. W. Nr. 1123 an die DEUTSCHE FREIHEIT

Sarret bekommt Gesellschaft

Sarret, der Griecho und Marseiller Rechtsberater, der den furchtbaren Versicherungsmord durch Schwefelbad auf dem Gewissen hat, bekam in der Mörderzelle wieder Gesellschaft. Der zum Tode Verurteilte, der einst mit den jetzt aufs neue von ihm belasteten „bayerischen Schwestern“ Schmidt ein Komplott schmiedete, hat jetzt aufs neue ein „höllisches Trio“ gebildet:

In einer Zelle mit ihm sitzen die in Aix zum Tode verurteilten Mörder Maucuer und Joulia, die Hauptangeklagten im Prozeß wegen des blutigen Handstrichs auf das Postamt Saint-Barnabé. Diese beiden sind gefesselt. Sarret schaut sie aber nicht an, er als Lizenziat der Rechte will mit einem „gemeinen Mörder“ wie Maucuer nichts zu tun haben, obwohl Maucuer mit seinen vielen Abenteuern und Metamorphosen ein sehr interessanter Verbrecher ist. Vor Gericht machte er auch in seiner sorgfältigen Kleidung mit der gol-

denen Brille den Eindruck eines intelligenten Menschen. Allerdings trägt er jetzt die braune Zuchthausstracht und Eisen. —

Der Victor-Hugo-Film

Die „Misérables“, die Tragödie der Unglücklichen von Paris, ist das gewaltige Werk des klassizistischen Dichters von Paris, Victor Hugo. In diesem dreiteiligen Roman, der am 3. Februar in einer mehrstündigen Nachtvorstellung über die Leinwand des Marignan geht (und der dann in drei Filmen in die Kinos geht), steht das ganze Volk von Paris und die Insurrektion von 1832 auf, der Barrikadenbau bei der Beerdigung des Generals Lamarque. Dieser Maximilien Lamarque war ein großer französischer General und Politiker, der als Redner der Linken im Parlament unter Louis Philippe auftrat. Seine Beerdigung bildete den Anlaß zu einer Erneute. Auch Victor Hugo war bekanntlich ein entschiedener Linker.

Victor Hugo, berühmt durch den Wortreichtum seiner Sprache, ist der hervorragendste Neuromantiker des neunzehnten Jahrhunderts, der vor etwa hundert Jahren, 1830, bei einer berühmten Aufführung seines Werks „Hernani“ mit der üblichen Tradition des französischen Theaters brach. Er nahm aktiv an der Revolution von 1848 teil und trat nach deren Siege in die Parlamente ein, verließ aber seine Heimat nach dem Staatsstreich des dritten Napoléon vom 2. Dezember 1851 und lebte lange als Emigrant. Erst nach der Gefangennahme des Kaisers bei Sedan und der Ausrufung der dritten Republik am 4. September 1870 im Rathaus zu Paris kehrte er nach Frankreich zurück, dessen Schicksale im Schreckensjahre „L'année terrible“ er ergreifend schilderte. Einer der berühmtesten Romane von Victor Hugo, der den „Misérables“ voranging, ist „Notre Dame de Paris“. Unter seinen Gedichtsammlungen ist die wunderbare „Légende des siècles“, Freiheitsbekenntnisse höchsten Ausmaßes, Werke, in denen er ausruft, daß die ewigen Wahrheiten der Freiheit und der Gerechtigkeit mit goldenen Ketten an den Himmel geschlossen sind. Die idyllische „L'art d'être grand père“, sein Greisenwerk, zeigt den heute im Pantheon Ruhenden noch auf der höchsten Stufe der menschlichen Zärtlichkeit und künstlerischen Vollenbung.

Der Pariser Film „Les Misérables“ ist von Fritz Lang und Raymond Bernard gedreht. Der erste Teil geht von der Entlassung des Sträflings Jean Valjean bis zu der Hauptepisode seiner Adoptivtochter Cosette. Der zweite Teil ist die Liebe von Cosette und Marius in der rue Plumet. Der dritte Teil behandelt das politische Hauptmilieu des damaligen Paris und den Tod des verfolgten Sträflings Jean Valjean, in dessen gedrückten Zügen die Charaktermaske des großen französischen Filmstars Harry Baur sich abzeichnet.

Im ganzen sind die „Misérables“ als monumentale Anstrengung der gesamten neueren französischen Filmarbeit zu werten.

BRIEFKASTEN

H. T. Straßburg. Wenden Sie sich an den Vorstand der Sozialdemokratischen Deutschlands, Frau-Martin, Valaicho 116a 179.

Hundchen, Deutsches Schneidermädchen. Wir erbitten durch einen Freund Ihr elegantes Miederblatt: „Deutsche Herrenmode 1933/34.“ Entzückt haben wir diese Zeitschrift in Braun betrachtet. Zwei arbeitsfähige, schlanke Kavaliere, Braun der Braut, Braun der Smoking; Braun selbst das Hauptpaar der im Hintergrund läßt an die Treppe gehenden reizenden jungen Dame, deren Rückenansicht durchaus moralisierend a la Wobbeis ist. Wir haben mit dem durchdringenden Geißel des Bildes das Bild betrachtet. Wie ist und so deutlich zum Bewußtsein gekommen, welche Verluste mit der Herrin des „dritten Reichs“ für uns verbunden sind. Denn ein Bild auf die Frau- und Smockingaufschläge beweist uns, daß die neue braune Tracht nur den eingeschriebenen Voss angeht ist: Hier prangt rotumrandet und kriegerisch das amtliche Parteischildchen.

Tätigen. Sie müssen das „Winterhilfswerk“ auf seine wahre Bedeutung zurückführen. Nach den hiesigen Mittellungen, die gewiß nicht nach unten reizen, sind 300 Millionen Mark gesammelt worden. Eine schön runde Zahl. Aber 16 Millionen Menschen — jeder vierte Deutsche — sind nach denselben hiesigen Mittellungen zu unterziehen. Weshin kommen auf jeden Unterzückungsbedürftigen 19 Mark im ganzen Winter über, wenn wir nur Dezember, Januar und Februar als „Winter“ rechnen, pro Monat etwas über 6 Mark! Und was machen die armen Leute in den übrigen Monaten? Unter der „marxistischen Wirtschaft“ hatten die Bedürftigen gewisse Ansprüche; jetzt wird unzulänglich für sie gebietet.

I. H. Hofel. Solander schreibt in der „National-Zeitung“: „Der mit hochgenutten Neben jählich gegründete Bauverein Berlin-Brandenburg Schweizerischer O.H. hat mit der Person seiner Gründungsleiter nicht viel Glück gehabt. Der eine dieser wackeren Führer, die von Berlin aus die Schweiz zu ihrem wahren Ziel nachdrücken wollten, hat sich bei näherer Beschäftigung als braver Italiener erwiesen, und der andere, der eigentlich Führer, ist laut beherrschten Berichten nicht ganz bei Trost. Daß die mantere Unternehmung ein festes Kernstücklein sei, war dem mittlerweile erwachten Schweizer Volk gleich bei ihrer Aufhebung ziemlich klar, aber daß es geradezu um die Wälder eines verlogungstreifen Kranken handelt, ist trotzdem beruhigend zu erfahren.“

Diese Verurteilung kann Solander nur haben, weil die Schweiz, die von den Kriegs- und Nachkriegskürmen unberührt blieb, ein geistig gesundes Volk hat. Es gibt andere Länder, deren Führertum um so mehr heubest wird, je notwendiger eine psychiatrische Versorgung der Führer wäre.

„Der Eidgenosse Jährlich.“ Ueber die Person des Führers der Schweizerischen Nationalsozialistischen Sturmabteilung in Berlin wird mitgeteilt: „Die Verurteilungsbefehle hatten sich seit 1927 mit Erich Moos, geboren 17. Juli 1906, zu befassen. Moos wurde im Jahre 1927 wegen schuldigen Lebenswandels, Verschwendungssucht und Pöbelhaftigkeit verurteilt und war, im Anschluß an einen Beobachtungsurlaub in der Irrenanstalt Burghölzli, während eines Jahres, 1928/29, in der Arbeitsabteilungsanstalt Lütten am Hiltz verpflegt.“

Daß Ihr Schweizer Rasch einen solchen Mann in Deutschland laßt, wo er gegen Göring und andere Irrenhäuser nur schwer aufkommen kann! In der Schweiz ist für solche „Führerqualitäten“ die Konkurrenz doch viel geringer. Geht auch den „Führer“ heim!

Pariser Theaterbrief

In der Spanne vom 22. bis zum 26. Januar ist die Pariser Kritik nicht weniger als viermal zu Darbietungen geladen worden, an denen deutsche Bühnen- und Tanzregie zur Diskussion gestellt worden ist.

Die Bilanz dieser Vorstellungen ist leider alles andere als erfreulich, und wären sie nicht durch einen neuen Musiktriumph Hermann Scherchens, der nicht in mein Ressort fällt, kompensiert worden, so wäre das Gesamtbild noch depressiver. Es kann nicht oft und nachdrücklich genug betont werden, daß in Paris nur für Spitzenleistungen ausländischer Kunst der geeignete Boden gesucht werden darf. Tanzregisseure wie Hans Weidt und Spielleiter wie Karl Bleich, Rudolf Weil, ja selbst Francesco von Mendelssohn, über deren Qualifikation man sich in Deutschland — soweit man sie nicht als völlig unbekannt bezeichnen kann — zumindest nur bedingt klar war, können vor dem Ausland dem Ruf des deutschen Theaters meist eher schaden als nützen, es sei denn, daß sie sich die gebotene Zurückhaltung auferlegen, in der sie bisher jedoch nicht ihre Stärke gezeigt haben.

Es lag an sich schon keinerlei ersichtlicher Grund vor, das Andenken Jacob Wassermanns durch eine Inszenierung seiner „Lokardis“ zu belohnen und damit den Franzosen zu beweisen, daß der hervorragende Romancier kein gleichwertiger Dramatiker gewesen ist. Es war ein recht bedenkliches Unterfangen eines Herrn Karl Bleich, der schon den Mißerfolg von Arnold Zweigs „Prozeß von Tizza-Esalar“ auf dem Gewissen hat, den toten Dichter selbst zum Protektor seines ersten französischen Regieversuches zu erheben, indem er durch einen im Programm reproduzierten Brief zu beweisen suchte, daß Wassermann selbst die Aufführung sanktioniert habe. Es unterliegt nämlich wohl kaum einem Zweifel, daß Wassermann des Bleichschen Einstudierung der „Lokardis“ kaum seine Billigung erteilt haben würde, wenn sich sein Plan einer Pariser Reise im Jahre 1934 noch verwirklicht hätte. Die schwache Uebersetzung seines Werkes litt nämlich, außer ihren eigenen Schwächen, noch unter der armseligen Regie des Herrn Bleich und unter dessen Gattin, Margarete Röntz, selbstkritiklosen Bemühen, in französischer Sprache die Hauptrolle her. sagen. Von den führenden Theaterleuten Frankreichs, die Wassermanns ruhmvoller Name in das „Théâtre du Vieux-Colombier“ gezogen hatte, wohnten mehrere der kläglichen Kundgebung nicht bis ans Ende bei.

Die außerordentliche Gelegenheit, sich durch die Einstudierung einer der geistvollsten Komödien der letzten Jahre mit einem Schlage in die erste Reihe der Pariser Regisseure zu stellen, wurde durch Francesco von Mendelssohn leider angeknüpft gelassen. „Parole d'honneur“ (Ehrenwort) von Henri Jeanson ist ein Werk von außerlesener gesellschaft-

kritischer und sprachlicher Qualität. Mit Ausnahme des filmberühmten Fernand Gravey ließ das Ensemble des „Théâtre Moyal“ in seiner Zusammenstellung zwar viel zu wünschen übrig, doch hätte die Hand eines stärkeren Spielleiters das Werk trotzdem weit zielsicherer zu führen gewußt und das Hinabgleiten in allzu billige Possentricks vermieden.

Die französische Bühnenauffassung von Erich Kästners „Emil und die Detektive“ hätte ein Meisterwerk sein müssen und hätte zudem eines vorzüglichen Regisseurs bedurft, wenn eine erfolgreiche Konkurrenz mit dem Triumph des gleichnamigen Films gewagt werden sollte. Der Text Madeleine de Zoghebs war jedoch leider an sich schon äußerst dürftig, und Rudolf Weil aus Frankfurt ließ alle Qualitäten vermissen, die hierfür den regielichen Ausgleich hätten schaffen können. Es blieb daher der Spielfreude einiger kindlicher Darsteller überlassen, mit ihrem eigenen Charme den sympathischen Ersatz für das zu liefern, was ihre Inspiratoren zu geben versäumt hatten.

Die Pariser Debuts Rudolf Weils, Francesco von Mendelssohns und Karl Bleichs müssen unter diesen Umständen als warnendes Beispiel für weitere erfolgs-

und sensationlustige Neulinge und Nichtkönner gekennzeichnet werden. Ob ein Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Interessierten genügen wird, um weitere Belastungen des deutschen Bühnensehens und der Ausbreitungsmöglichkeit für emigrierte deutsche Regiekunst zu vermeiden, muß abgewartet werden. Als feststehend darf aber heute schon gelten, daß die französische Öffentlichkeit die harte Geduldsprobe, auf die sie durch ausländische Dilettanten zur Zeit allzu häufig gestellt wird, nicht auf die Dauer bestehen kann. Der Schaden, der dem Deutschland, das es heute außerhalb des Hitlerreiches hochzuhalten gilt, erwachsen muß, ist aber unabsehbar; es wäre daher nicht zu rechtfertigen, wenn man es gestern meist noch anonymen Emigrationsprofiteuren gestatten wollte, ihn durch Urteilslosigkeit, durch Vorteilsucht oder Eitelkeit heraufzubeschwören.

Hans-Adalbert v. Moltzahn.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Vitz in Tübingen; für Inzerate: Otto Ruhn in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 5.

Berufsumschichtung
Unser Stützungsnetz hat auf der von uns erworbenen Domäne „La Grande Canau“ 300 ha groß an der Grotte bei Bordeaux begonnen. Siedlungen jeder Art und Größe, Ausbildung von Siedlern und Praktikanten in allen landwirtschaftlichen, gärtnerischen und handwerklichen Fächern und der Hauswirtschaft durch erste deutsche und französische Fachleute.
Prospekte auf Wunsch durch uns oder unser Pariser Büro.
Unser Pariser Büro gibt Interessenten alle näheren Auskünfte.
Sprechstunden: täglich außer Samstag und Sonntag von 15 bis 17 Uhr
Paris (16e), 43 bis, RUE DE LA TOUR, 1. Stock links, TELEFON NUMMER: Troc. 4066
E-G-A
Exploitations Générales Agricoles S. A
„LA GRANDE CANAU“
ST-VIVIEN-MEDOC (Depart. Gironde)

Porte Champerret
Hotel Grill-Room Berthier
175, Bd. Berthier, 16. Larnoe 72-47, Mühlerei Wohnungen, Aller Komfort, Bar, Restaurant, Klub usw., Monatlich und wöchentlich, Nach Wunsch Pension Mäßige Preise, Metro Champerret, Aut. 5 C. B. 9-bis, CA. BY. 33 X.
PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARNAULLE
CHEZ KORNILOFF
Berthier durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen
Téléphone Etoile 5249
schneider
J. M. Lenko
7, Rue du Marché, Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Hut- u. Reparatur

Dr. Spécialiste
99, rue de Valenciennes - Metro: Chatelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrolyse, Impulsverfahren, Irypale vito-Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spezialkur, Salvarian, Wundt usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 Uhr und von 4-8 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab
Man spricht deutsch
Doktor Wachtel und Doktor Axel
Harn-, Blut- und Hautkrankheiten
125, Bd. Sébastopol - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-5 Uhr, Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren.
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

Schuhgesch.
beste Lage STRASSBURG, alteinges. verkauft.
Offerte Agence Havas Straßburg Nr. 206.